

PANORAMA

Schwerpunkt: Europäische Regionalpolitik und Stadtentwicklung

WINTER 2020 / Nr. 75

Panorama: Grüner und digitaler Wandel im Jahr 2021

ENTSCHEIDUNGS-
FINDUNG IN
PANDEMIEZEITEN



STÄDTE ARBEITEN
FÜR STÄDTISCHE
NACHHALTIGKEIT
ZUSAMMEN



Regionalpolitik
und Stadt-
entwicklung

PANORAMA

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL.....	3
DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT IN LANGEN, INTENSIVEN VERHANDLUNGEN ÜBER DAS PAKET ZUR KOHÄSIONSPOLITIK	4
NEUE ONLINE-KOMMUNIKATIONSMITTEL ZUR SENSIBILISIERUNG FÜR DIE KOHÄSIONSPOLITIK.....	7
PANORAMA IM BILD – EIN RÜCKBLICK AUF 75 AUSGABEN, BEVOR DAS MAGAZIN DIGITAL WIRD.....	9
DATENPUNKT: ANPASSUNG DER FINANZ- UND OUTPUTINDIKATOREN ZUR VERFOLGUNG DER EU-REAKTION AUF COVID-19.....	13
INTERREG-JAHRESTAGUNG GEHT GRENZÜBERGREIFENDE HERAUSFORDERUNGEN MIT DIGITALEM ANSATZ AN.....	17
HINDERNISSE IM GRENZÜBERSCHREITENDEN GESCHÄFTSVERKEHR BESEITIGEN INTERNATIONALISIERUNG VON KMU.....	19
LÖSUNGEN FÜR MEHR ZUSAMMENARBEIT UND WACHSTUM ZWISCHEN EU- UND EFTA-LÄNDERN.....	21
INDEX DER EU FÜR SOZIALEN FORTSCHRITT IN DEN REGIONEN BELEGT POSITIVE GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN	23
GEMEINSAME ANSTRENGUNGEN VON EUROPA SOWIE NORD- UND SÜDAMERIKA ZUR NACHHALTIGEN BEWÄLTIGUNG STÄDTISCHER PROBLEME.....	25
REGES INTERESSE AN FINANZIERUNGSMITTELN IM RAHMEN DER REGIONALPOLITIK BEI DER FI-COMPASS-KONFERENZ	27
18. EUROPÄISCHE WOCHEN DER REGIONEN UND STÄDTE WILL „GEMEINSAM. EUROPA WIEDER STARK MACHEN“.....	29
YOUTH4REGIONS-ABSOLVENTIN LÖBT DIVERSITÄT UND ENGAGEMENT BEI DER 18. „EUROPÄISCHEN WOCHEN“.....	32
KOHÄSIONSPOLITIK: GESTERN, HEUTE UND MORGEN: ENTWICKLUNGEN GEMEINSAM MIT DEN MENSCHEN GESTALTEN.....	34
INFLUENCERINNEN UND INFLUENCER UNTERWEGS IM ZEICHEN VON GRÜNEN PROJEKTEN UND DER EU-KLIMAPOLITIK.....	36
PROJEKTE AUS BULGARIEN, DÄNEMARK, GRIECHENLAND, LUXEMBURG UND MALTA.....	41



4



21



25



29



38



42

EDITORIAL

Dieses eigenartige und ungewöhnliche Jahr 2020 geht nun zu Ende – und das aktuelle Team der Europäischen Kommission blickt damit zugleich auf ein Jahr im Amt zurück.

Bei unserem Amtsantritt im Dezember 2019 war uns bewusst, dass ein Jahr voller Herausforderungen vor uns liegen würde, insbesondere im Hinblick auf die Genehmigung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021–2027, die Rechtstexte bezüglich der überarbeiteten Verordnungen über die Kohäsionspolitik und die Schaffung des neuen Fonds für einen gerechten Übergang.

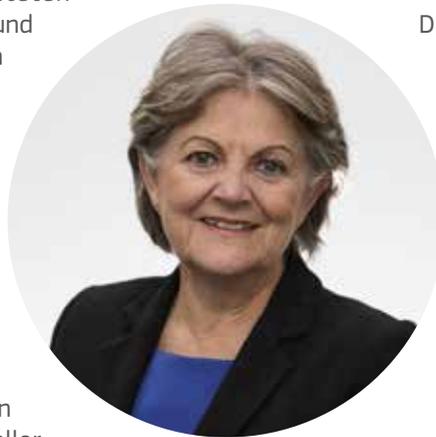
Auf meinem Plan stand außerdem, in diesem ersten Jahr pro Land mindestens eine Region zu besuchen, um den Dialog zu intensivieren und mehr über die Anliegen und Ziele vor Ort zu erfahren.

Doch die Realität diktierte uns ein völlig anderes Programm: in wenigen Monaten sollten sich unser Leben und der Alltag aller Europäerinnen und Europäer durch die Coronavirus-Pandemie drastisch verändern. Meine Gedanken gelten all jenen, die durch dieses Virus geliebte Menschen verloren haben oder selbst daran erkrankt sind. Mein Dank gilt allen, die unter diesen schwierigen Umständen unbeirrt weitergearbeitet und Leistung erbracht haben, für ihren Einsatz, ihre Professionalität und ihren Dienst an der Öffentlichkeit.

In den Phasen, in denen sich die gesundheitliche Notlage am stärksten verschärfte, wie auch bei den Planungen zur Vorbereitung auf die wirtschaftliche Erholung bewies die Kohäsionspolitik – eine der ersten Initiativen der EU – die nötige Anpassungsfähigkeit an die neue Realität. Die kohäsionspolitischen Vorschriften wurden vorübergehend geändert, um den Mitgliedstaaten und Regionen den Einsatz der finanziellen Unterstützung dort zu ermöglichen, wo sie am dringendsten nötig war – sei es im Gesundheitswesen, für Arbeitslosenleistungen oder als Betriebskapital von KMU. Damit sollten die Auswirkungen der Pandemie auf die Gesellschaft und die öffentliche Gesundheit minimiert werden.

Der neue MFR wurde gemeinsam mit dem Aufbauplan „Next Generation EU“ verabschiedet, der speziell zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie geschaffen wurde. Den

Beteiligten steht damit nun das Rüstzeug zur Verfügung, um die europäische Wirtschaft möglichst schnell wieder in Gang zu bringen und auf den Wandel hin zu einer grüneren, digitaleren und kohäsiveren Zukunft auszurichten. REACT-EU hatte als erster verabschiedeter Legislativvorschlag aus „Next Generation EU“ Symbolkraft: an vorderster Front bei der Reaktion auf die Pandemie und Schrittmacher bei Verhandlungen.



Die Krise hat außerdem erneut gezeigt, wie bedeutend die Kohäsion als Grundpfeiler der EU und ihrer Möglichkeiten zur Gestaltung einer umfassenden Reaktion ist, indem Ländern, Regionen, Arbeitskräften und Unternehmen die nötige Unterstützung geboten wird. Zu Beginn der Krise mussten wir mit CRII und CRII+ gewissermaßen Brände löschen. Mit REACT-EU und einer langfristigen Kohäsionspolitik werden wir nun als Ingenieure den Wiederaufbau in die Hand nehmen können.

Mein Ansporn für das nächste Jahr ist es, gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen – mit modernen, kohäsiven Volkswirtschaften und ohne dass jemand auf der Strecke bleiben muss.

Diese 75. Ausgabe von *Panorama* ist zugleich auch eine Gelegenheit, den vielen Mitwirkenden zu danken, die das Magazin seit 2000 möglich gemacht haben. In dieser Ausgabe können Sie eine Auswahl der Titelblätter kennenlernen, die die Entwicklung unserer Politik über die Jahre bis zur jüngsten Einigung über den Finanzierungszeitraum 2021–2027 veranschaulichen.

Panorama präsentiert sich pünktlich zum neuen Politikzyklus in einem neuen Format, das Ihnen Inhalte mit mehr Regelmäßigkeit, Flexibilität und Reaktionsmöglichkeiten zur Verfügung stellen wird, insbesondere in Form von Videos und interaktiven Grafiken. Wir werden Sie in Kürze über diese Neuerungen informieren. ■

Elisa Ferreira
EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen



Endspurt: Entscheidungsfindung in Pandemiezeiten

Am 1. Januar 2021 beginnt der neue Programmplanungszeitraum für die EU-Kohäsionspolitik. Alle Augen sind nun auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft gerichtet, die gemeinsam mit dem Europäischen Parlament über den endgültigen Rechts- und Finanzrahmen entscheiden wird. Das ist an sich schon eine gewaltige Aufgabe. Doch durch die COVID-19-Pandemie hat sich nun außerdem die Dynamik der Entscheidungsfindung verändert und die üblichen Arbeitsweisen wurden auf den Kopf gestellt. *Panorama* bat Thomas Pickartz, Alexandra Marquardt und Anna-Lena Zademach-Schwierz vom deutschen Ratsvorsitz, wie sie EU-Verhandlungen in dieser neuen, digitalen Realität bewältigen und welche abschließenden Schritte noch ausstehen, um eine Einigung über das Paket zur Kohäsionspolitik zu erzielen.

Nach zweieinhalbjährigen Verhandlungen stehen der Rat und das Parlament nun in den Startlöchern, um den Rechtsrahmen zu verabschieden. Welche Lücken gilt es noch zu schließen?

Thomas Pickartz (TP): Wir hatten von Anfang an das Ziel im Blick, bis Ende des Jahres zu einer politischen Einigung über das Paket zur Kohäsionspolitik zu gelangen. Nach 15 politischen Trilogien und 40 technischen Sitzungen mit dem Europäischen Parlament liegen wir nach wie vor auf Kurs, um dieses Ziel zu erreichen. So erzielten wir am 18. November eine politische Einigung über die REACT-EU-Verordnung, einen der Grundpfeiler des europäischen Aufbauplans „Next Generation EU“. Auch die Verhandlungen zur Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen kommen gut voran. Es bleiben zwar noch einige schwierige Punkte, doch eine Einigung mit dem Europäischen Parlament ist in Sicht.

Alexandra Marquardt (AM): Der Fonds für einen gerechten Übergang hinkte immer etwas hinterher, da er nicht im Rahmen des Kohäsionspakets, sondern des Grünen Deals vorgesehen war. Er gehörte zu unseren ersten Verhandlungsmandaten im Rat unter deutschem Vorsitz, und die Abstimmung dazu fand im Parlament erst im September statt. Die Verhandlungen liefen erst schleppend an und gestalteten sich dann bald schwierig, deshalb dachten wir, dieses Dossier würde bei unseren portugiesischen Kolleginnen und Kollegen landen. Doch nach und nach liefen die Gespräche immer besser und inzwischen befinden wir uns – wie auch bei den Verhandlungen über den EFRE, die nun nach einem holprigen Start ebenfalls gut voranschreiten – fast auf der Zielgeraden.

Anna-Lena Zademach-Schwierz (AZ): Über Interreg wurde lange Zeit pragmatisch und ergebnisorientiert verhandelt, sogar während der Ausgangsbeschränkun-

gen im Frühling. Als Deutschland den Ratsvorsitz übernahm, hatten wir dann jedoch aufgrund der schwierigen Haushaltsverhandlungen mit einer Blockade durch das Europäische Parlament zu kämpfen. Es war nicht leicht, wieder an den Verhandlungstisch zu finden, und manchmal hatte man das Gefühl, wie auf Eiern zu gehen. Beim ESF+ verhielt es sich genau gegenteilig: mit zwei technischen Sitzungen im Juli waren wir erst gut im Kurs, stießen dann aber bei den politischen Gesprächen auf größere Probleme.

Als die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Juli begann, schien die COVID-19-Pandemie ihren schlimmsten Punkt überschritten zu haben – bis dann die zweite Welle auf uns zurollte. Wie hat sich Ihre Arbeitsweise dadurch verändert?

AZ: Im Parlament führten wir erforderliche Präsenzsitzungen oder hybride Sitzungen auf technischer Ebene einige Zeit



Links: Anna-Lena Zademach-Schwierz; Mitte: Thomas Pickartz; rechts: Alexandra Marquardt

lang weiterhin durch. Nur einmal kam es zu einer etwas ungünstigen Situation, als der Verhandlungsführer der Gegenseite in seinem Heimbüro saß, während sich viele andere Kolleginnen und Kollegen in einem großen Sitzungsraum befanden. Doch auch da konnten wir gute Fortschritte erzielen, soweit im Sitzungsraum nicht gerade zu viele laute, störende Geräusche und piepsende Geräte aus den virtuellen Räumen hören waren.

TP: Im Rat setzten wir die Präsenzsitzungen zunächst fort. Die Dossiers zur Kohäsionspolitik galten aufgrund ihrer Verknüpfung mit dem mehrjährigen Finanzrahmen und dem europäischen Aufbauplan als Priorität. Erst im November, als Brüssel schwer von der zweiten Welle getroffen wurde, stieg die Arbeitsgruppe auf digitale Sitzungen um. Das funktionierte ausgesprochen gut.

AM: Die zweite Welle traf uns schwer. COVID-19 begleitete unseren Ratsvorsitz allerdings schon von Beginn an und wird es auch bis ganz zuletzt. Es fanden keinerlei Nebenveranstaltungen, persönliche Treffen, Empfänge, Ausstellungen, Konzerte oder sonstigen Ereignisse solcher Art statt. Auch unsere Attaché-Reise nach Berlin-Brandenburg, die bei jedem Ratsvorsitz sonst immer ein besonderes Erlebnis ist, wurde abgesagt. Unsere Arbeit gestaltete sich zu dieser Zeit also

sehr ungewöhnlich – nicht nur durch die digitalen Sitzungen und die Arbeit im Heimbüro, sondern auch in der Art und Weise, in der die deutsche Präsidentschaft nach außen auftreten konnte.

Kann die digitale Kommunikation mit ihren Videokonferenzen, virtuellen Besuchen usw. die gewohnten Formate ersetzen?

AZ: In den vielen Stunden, die ich im Verlauf der letzten Monate in technischen Sitzungen verbracht habe, erkannte ich allmählich auch die Vorteile der virtuellen Arbeitswelt. Es ist oft viel einfacher, sich bei ausgeschaltetem Mikrofon schnell auszutauschen und über einen Standpunkt zu einigen, als dafür in einer Präsenzsitzung extra eine Pause einlegen zu müssen. Das funktionierte allerdings nur so gut, weil wir alle als Team in einem Raum sein konnten. Alleine am Schreibtisch ist es, trotz aller Chat-Optionen, viel schwerer, Schritt zu halten.

TP: Die digitale Kommunikation hat es uns definitiv einfacher gemacht, während der Krise alles aufrechtzuerhalten. Doch der persönliche Kontakt bleibt einfach wichtig, wenn bei sensiblen Themen Kompromisse erzielt werden sollen. Das digitale Format ist dem menschlichen Faktor abträglich. Wenn man bei einer Sitzung per Videokonferenz einen Witz macht,

kann man niemanden lachen hören, da die Mikrofone der anderen stumm gestellt sind. Außerdem ist es in einem virtuellen Raum schwieriger, die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen zu lesen, als bei tatsächlicher Anwesenheit.

Sie müssen sich durch einen gewaltigen Berg an Gesetzgebungsvorschlägen arbeiten – von REACT-EU bis zur Interreg-Verordnung. Wie bewältigen Sie diesen Stress?

TP: Die Arbeitslast ist immens, das stimmt. Was sehr geholfen hat, war die Aufteilung der Verantwortung und Zuständigkeiten innerhalb unseres Teams in Brüssel, insbesondere, was die Leitung der Arbeitsgruppe und die Leitung der technischen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament anging. Bei den Verhandlungen auf der politischen Ebene zeigten unser stellvertretender Generaldirektor und die Kolleginnen und Kollegen aus Berlin großen Einsatz und reisten für jeden der Trilogie trotz der Pandemie extra von Berlin nach Brüssel. Dieses Engagement war sehr ermutigend.

AM: Ich kann Thomas da nur zustimmen. Wir haben ein wunderbares Team! Wir erleben oft anstrengende Arbeitstage, und drei Trilogie pro Woche sind schon eine große Herausforderung. Doch wir sind immer gut gelaunt und lachen gerne miteinander. Und wir alle sind uns darüber im Klaren, wie unverzichtbar jedes einzelne Mitglied in unserem Team ist, um diese großartigen Ergebnisse zu erzielen.

AZ: Meine Familie hat mich die ganze Zeit hindurch sehr unterstützt. Die Erziehung von drei Kindern, und teils auch ihren Heimunterricht, zu bewältigen, ist für zwei Partner in verantwortungsvollen Arbeitspositionen keine leichte Aufgabe. Meine 75 Jahre alte Mutter hat sich nicht davor gescheut, in ein Risikogebiet zu reisen und sich bei ihrer Rückreise einem (glücklicherweise negativen :-)) Test zu unterziehen. Alles in allem hatte ich stets das Gefühl, dass meine Arbeit geschätzt wird und sich alle Mühe lohnt. Dank der umfassenden Unterstützung durch das Team in Berlin und die Kolleginnen und Kollegen vom Generalsekretär





Von links nach rechts: Heinz Heitmeier (deutscher Ratsvorsitz), Elisa Ferreira (Kommissarin für Kohäsion und Reformen), Pascal Arimont (Berichtersteller, EP) und Younous Omarjee (Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung, EP) halten Abstand bei einem Treffen im Rahmen des Trilogs zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

tariat des Rates und die Kommission sind wir meines Erachtens bei diesen Dossiers ein gutes und nötiges Stück vorangekommen, um alle politischen Punkte während unserer Präsidentschaft zum Abschluss zu bringen.

Gibt es besonders nette Anekdoten von den Verhandlungen zur Kohäsionspolitik?

TP: Der entscheidende Trilog zu REACT-EU fand am Geburtstag der Mitberichtersterterin Constanze Krehl (S&D, DE) statt. Also brachten wir Blumen mit, hatten eine sehr erfolgreiche Sitzung und zum Abschluss dann ein Gläschen Sekt. Gleich zwei gute Gründe, um am selben Tag ein wenig zu feiern.

AM: Für mich waren diese Verhandlungen etwas ganz Besonderes. Bei den letzten Diskussionen über das Kohäsionspaket war ich für Constanze Krehl tätig, die für die aktuelle Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen 2014-2020 ebenfalls Mitberichtersterterin war. Gemeinsam hatten Constanze und ich mehr als 90 Triloge überstanden, bis im Dezember 2013 schließlich die endgültige Abstimmung im Plenum stattfand. Das war eine sehr intensive Zeit

und ich habe sehr gerne im Parlament gearbeitet. Es ist toll, als Vertreterin des Rates nun gewissermaßen auf der anderen Seite des Geschehens tätig zu sein. Und auf persönlicher Ebene freue ich mich sehr, wieder mit „meiner“ MDEP von damals zusammenzuarbeiten.

Frage: Was werden Sie an Ihrer gemeinsamen Zeit am meisten vermissen, wenn die EU-Ratspräsidentschaft im Januar 2021 an Portugal übergeben wird?

AM: Es ist eine Bereicherung, vom gewaltigen Wissens- und Erfahrungsschatz meiner Kolleginnen und Kollegen lernen zu können. Und ich mag es sehr, wie unterschiedlich wir als Persönlichkeiten sind und wie wir zusammenarbeiten. Deshalb werden mir vor allem meine wunderbaren Kolleginnen und Kollegen fehlen!

AZ: Ich glaube, ich habe in meinem ganzen Arbeitsleben zuvor noch nie so viel gelacht wie hier – sogar so sehr, bis mir die Tränen kamen! Nach drei Trilogien am Stück entspannten wir uns dann von all der Anstrengung bei einem Glas Wein und hatten unheimlich viel Spaß. Und da wir alle drei im November Geburtstag

haben, konnten wir trotz der stressigen letzten sechs Wochen des Ratsvorsitzes noch gehörig feiern. Ich werde die Herzlichkeit und den Humor meiner Kolleginnen und Kollegen definitiv vermissen.

TP: Ich werde Alex und Anna-Lena und unsere tollen Zeiten zusammen am meisten vermissen. Anna-Lenas Abordnung endet Anfang des nächsten Jahres; sie wird dann zur Kommission zurückkehren. Alex wird Ende März wieder nach Deutschland zurückgehen. Ich kann mir nur schwer vorstellen, wie es sein wird, dann wieder alleine zu sein. ■



MEHR DAZU

https://ec.europa.eu/regional_policy/de/2021_2027/

<https://www.eu2020.de/eu2020-de>

Online-Instrumente zur Ko-Kreation einer gemeinsamen Identität

Die GD REGIO hat kürzlich ihren Online-Generator und ihr Markenbuch vorgestellt. Projektbegünstigte können nun mit wenigen Klicks sicherstellen, dass sie die Anforderungen der Kommission an Kommunikation und Sichtbarkeit effizient erfüllen. Indem sie ihre Aktivitäten und Erfolge nach außen vermitteln, tragen sie dazu bei, die europaweite Anerkennung für die EU-Unterstützung zu fördern.

Eine bessere Sichtbarkeit der Kohäsionspolitik zu erreichen, ist zu einer wichtigen Priorität geworden. Durch die Mittel der Kohäsionspolitik werden jedes Jahr Tausende Projekte in ganz Europa unterstützt. Sie stellen damit den konkretesten Ausdruck der EU vor Ort dar.

Eine effektivere Kommunikation dieser Maßnahmen könnte mehr Bewusstsein dafür schaffen, welchen Nutzen die EU für das Leben ihrer Menschen bedeutet, und das Image der Union in der Öffentlichkeit verbessern. Mehrere Forschungsstudien fanden sogar Belege dafür, dass die Kohäsionspolitik die Haltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem europäischen Projekt positiv beeinflusst.

Der Rechtskontext für die Kommunikation der Kohäsionspolitik hat sich über mehrere Programmplanungszeiträume hinweg nach und nach verändert. Wo am Anfang noch einfache Publizitätsanforderungen bestanden, sind nun ausführliche Kommunikations- und Transparenzpflichten zu beachten. Mit dem Programmzeitraum 2014–2020, der die Kommunikation als strategische Funktion der Programme anerkennt, erfolgte ein entscheidender Schritt nach vorne.

Die neuen Bestimmungen für den Zeitraum 2021–2027 halten an diesem Ansatz fest. Sie sollen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Durchsetzung der Zuständigkeiten von Mitgliedstaaten, Verwaltungsbehörden und Begünstigten einerseits und ihrer bürokratischen Entlastung andererseits herstellen.

Eine klare Botschaft

Insbesondere wird mit dem neuen Programmzeitraum ein tiefgreifender Paradigmenwechsel stattfinden. Die Europäische



Kommission hat anerkannt, dass die gegenwärtige Verwendung mehrerer unterschiedlicher Logos zu komplex ist, und daher entschieden, dass alle Programme nur noch über das EU-Emblem kommuniziert werden sollen. In diesem Zuge werden die sieben Fonds der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen und Programme wie Horizont Europa und Kreatives Europa neben dem EU-Emblem zusätzlich den Vermerk „(Ko-)Finanziert von der Europäischen Union“ verwenden. Mit dieser klaren Botschaft wird der neue Ansatz die EU als unsere stärkste Marke herausstellen und weiter stärken.

Letztlich hängt die erfolgreiche Kommunikation vom tatsächlichen Einsatz der beteiligten Behörden und Projektträger ab. Die Kommunikation sollte dabei nicht als bürokratische Pflichtübung abgetan werden, sondern ist vielmehr als zentrales Element der Programm- und Projektdurchführung zu betrachten.

Um es den Verwaltungsbehörden und Projektbegünstigten zu erleichtern, die Mindestanforderungen der Kommunikationsbestimmungen effizient zu erfüllen, hat die GD REGIO gemeinsam mit den nationalen Sachverständigen der Mitgliedstaaten ein Unterstützungspaket zur Kommunikation der Kohäsionspolitik 2021-2017 erarbeitet.

Effektiveres Anschauungsmaterial

Das Paket umfasst drei Teile: die Broschüre zur Kommunikation der Kohäsionspolitik „[Communicating Cohesion Policy](#)“, in der vorbildliche Kommunikationsmaßnahmen aus dem Programmzeitraum 2014-2020 zur Anregung dargelegt sind, sowie eine zweite Broschüre, die sich mit der [Überwachung und Bewertung von Kommunikationsmaßnahmen](#) befasst; diese Broschüren wurden 2019 veröffentlicht. Der dritte Teil des Unterstützungspakets betrifft die Markenbildung und besteht aus zwei Elementen: einem „Online-Generator“ und einem Markenbuch.

Die Verordnung sieht vor, dass Begünstigte am Projektstandort eine Plakatwand, eine Hinweistafel oder ein Poster in physischer Form gut sichtbar anbringen müssen. Angesichts der Anzahl an EU-unterstützten Projekten eröffnet sich durch diese Werbemittel die Möglichkeit, Europäerinnen und Europäer nahezu überall zu erreichen.

Auf europäischer Ebene fehlt es jedoch noch an einem einheitlichen visuellen Auftritt. Die Folge ist ein großes Durcheinander mit zu vielen unterschiedlichen visuellen Elementen für die unterschiedlichen operationellen Programme, EU-Fonds, Mitgliedstaaten und sogar Regionen. Um ein einheitlicheres Vorgehen zu ermöglichen und die Botschaft, die von der EU-Unterstützung ausgeht, klarer und nachdrücklicher zu vermitteln, wird der Online-Generator eine gemeinsame europaweite visuelle Identität schaffen: er stellt dazu eine gemeinsame Vorlage für alle Projektbegünstigten zu Verfügung, bei der die vorgeschriebenen Werbeelemente je nach Bedarf angepasst werden können.

Ergänzend zum Online-Generator bietet das Markenbuch Tipps und Tricks für den optimalen Einsatz der physischen Kommunikationselemente, wie zum Beispiel durch die richtige Formulierung und Positionierung. Es umfasst außerdem weitere Informationen zur EU-Markenbildung für Projektbegünstigte, die möglicherweise auf interne Grafikdesignteams zurückgreifen können, um ihre Kommunikationselemente anzupassen.

Mehr Einfachheit, mehr Sichtbarkeit, mehr Transparenz – das sind die Leitlinien für den Kommunikationsansatz im kommenden Programmplanungszeitraum. Der Online-Generator und das Markenbuch stellen für die Verwaltungsbehörden und



Eine Standardvorlage für Veröffentlichungen gewährleistet bei allen Kommunikationsinstrumenten einen einheitlichen visuellen Auftritt.

Projektbegünstigten dabei kein Muss, sondern eine Möglichkeit dar, um die Mindestanforderungen an die Sichtbarkeit online mit nur wenigen Klicks zuverlässig zu erfüllen! Dadurch bleiben den Begünstigten maximale Ressourcen frei, um sich auf andere Kommunikationsmaßnahmen zu konzentrieren, während sie zugleich dazu beitragen können, die Ansprache der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu harmonisieren.

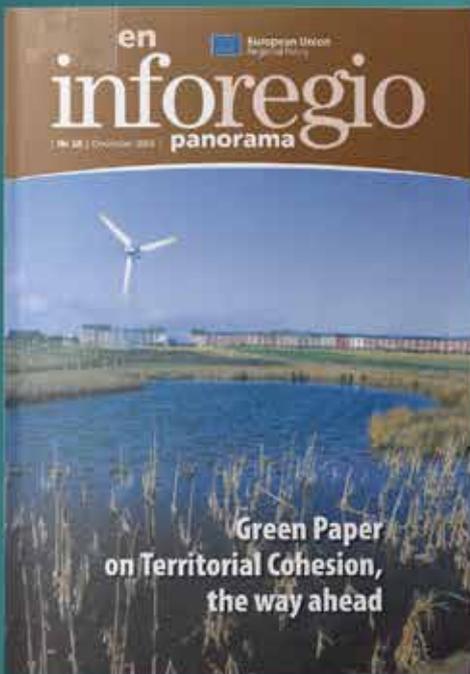
Zusammen mit dem gemeinsamen Finanzierungshinweis für alle EU-unterstützten Programme stellt die neue visuelle Identität einen konkreten Schritt zu mehr Kohärenz dar. Die Botschaft der EU-Erreugenschaften zu verdeutlichen, ist heute wichtiger denn je. Mit dem starken Fundament unserer gemeinsamer Werte und einer gemeinsamen Vision können wir uns sehen lassen – als Europäische Union!

Der Online-Generator wird in der ersten Jahreshälfte 2021 zur Verfügung gestellt. Wir geben den Direktlink in Kürze bekannt!

PANORAMA reist zurück in die Zukunft

Diese Ausgabe von *Panorama* ist eine ganz besondere, denn sie ist nicht nur die 75. Ausgabe unseres Magazins, sondern auch die letzte, die in diesem Format erscheint.

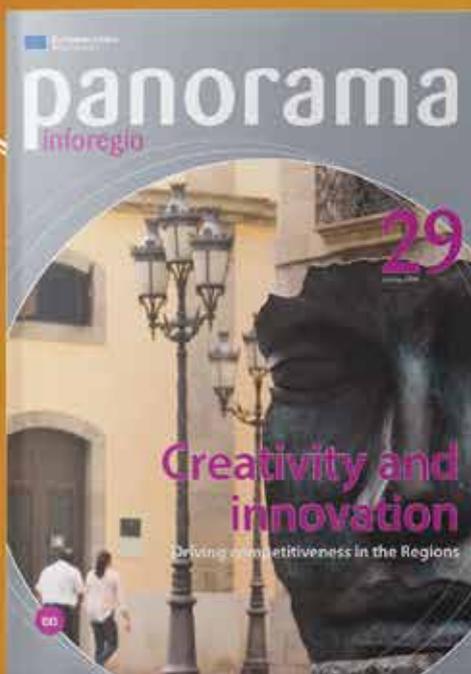
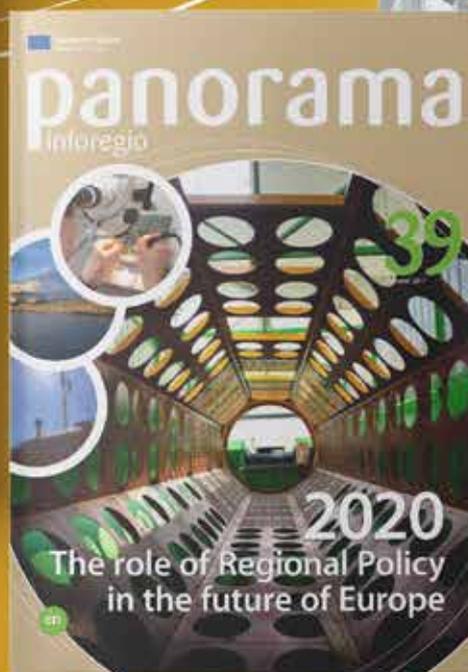
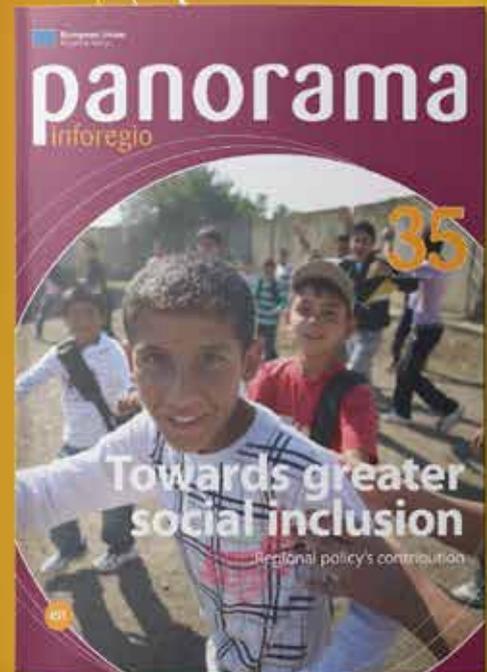
Seit dem Start im Jahr 2001 ist *Panorama* dem Ziel verschrieben, das Bewusstsein und Verständnis der breiteren Öffentlichkeit für die Regional- und Städtepolitik der EU zu wecken. Das Magazin deckt in verständlicher und ansprechender Weise ein breit gefächertes Themenspektrum ab. Die Inhalte reichen von Interviews mit hochkarätigen Gesprächsbeteiligten und Artikeln zu technischen und finanziellen Angelegenheiten bis hin zu Projekt- und Erfahrungsberichten sowie Geschichten aus dem Leben. Die Leserschaft umfasst Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Mitglieder der breiten Öffentlichkeit, die das Magazin entweder im Abonnement oder über die Europe-Direct-Informationszentren und EU-Vertretungen beziehen.



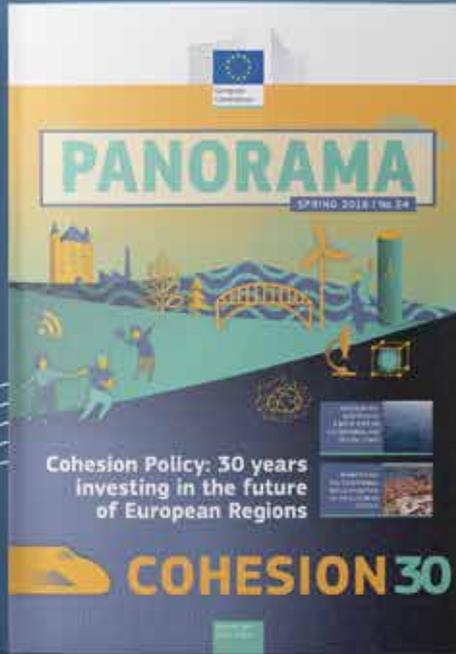
Die Auswahl der hier gezeigten Titelblätter vermittelt einen Eindruck von der Themenvielfalt des Magazins und seinem stilistischen Wandel im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre.

Ein Wandel, der sich mit der Umstellung von *Panorama* auf ein reines Online-Format auch in Zukunft fortsetzen wird. Im Jahr 2021 werden wir die vierteljährliche Erscheinung im PDF-Format einstellen und Artikel direkt auf der Inforegio-Website veröffentlichen. Das ermöglicht regelmäßige Beiträge mit mehr Flexibilität und mehr Reaktionsmöglichkeiten. Durch das Online-Format werden wir außerdem Videos und interaktive Grafiken einbinden und unsere Inhalte zudem besser für verschiedene Digitalgeräte optimieren können.

Wie schon seit dem ersten Tag gilt auch weiterhin: *Panorama* ist und bleibt ein Magazin für und über Sie. Deshalb würden wir uns freuen, von Ihnen zu hören – ganz gleich, ob Sie eine Anmerkung oder einen Vorschlag haben oder uns einen Beitrag wie zum Beispiel einen Artikel, Bericht oder Erfahrungsbericht anbieten möchten. Bitte kontaktieren Sie uns unter regio-panorama@ec.europa.eu







DATENPUNKT

Corona-Übersichtsseite: Die EU-Kohäsionspolitik reagiert auf die Krise

Die COVID-19-Pandemie stellt die gesamte Europäische Union vor eine große Herausforderung. Die nationalen, regionalen und lokalen Einrichtungen stehen im Kampf gegen die Pandemie und ihre sozioökonomischen Auswirkungen an vorderster Front. Diese Herausforderung können wir nur durch Solidarität und Verantwortung in unseren Gesellschaften sowie zwischen den Mitgliedstaaten erfolgreich bewältigen.

Im April 2020 brachte die Europäische Kommission zwei Maßnahmenpakete auf den Weg, um die EU-Kohäsionspolitik während der Coronavirus-Krise zu mobilisieren: die [Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise \(CRII\)](#) und die [Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise \(CRII+\)](#).

Das CRII-Paket dient nicht der Bereitstellung neuer finanzieller EU-Ressourcen, sondern schafft vielmehr die nötige Flexibilität, um bereits vorhandene, nicht verwendete Mittel umzuwidmen und dort einzusetzen, wo sie am dringendsten nötig sind.

Als weitere Möglichkeiten sind vorgesehen: die Umverteilung von nicht zugewiesenen EU-Mitteln zwischen den verschiedenen Fonds und Kategorien der Regionen; die Erhöhung der EU-Vorfinanzierungszahlungen zur Verbesserung der Liquidität; sowie die Gelegenheit zur Erhöhung des EU-Kofinanzierungssatzes auf 100% für das Geschäftsjahr 2020-2021.

Am 27. Mai wurden die Initiativen CRII/CRII+ durch das [REACT-EU-Paket](#) ergänzt, das derzeit im Rat und im Europäischen Parlament verhandelt wird.

Die COVID-19-Krisenreaktion im Rahmen der Kohäsionspolitik im Blick behalten

Die Reaktion auf die Pandemie im Blick zu behalten, stellt in der Kohäsionspolitik, bei der mehr als 390 Programme unter gemeinsamer Verwaltung stehen, eine besondere Herausfor-

AUSWIRKUNGEN DER MASSNAHMEN IM RAHMEN VON CRII/CRII+

Schlüsselzahlen zu dem Volumen der im Rahmen der neuen Maßnahmen mobilisierten Mittel mit Stand vom 19. November 2020:

PROGRAMMÄNDERUNGEN

- › 6,3 Milliarden EUR an umverteilten EU-Mitteln für Gesundheitsmaßnahmen, was einem Nettoanstieg von 5,9 Milliarden EUR auf EU-Ebene entspricht;
- › 8,5 Milliarden EUR an umverteilten EU-Mitteln zur Unterstützung von Unternehmen, was einem Nettoanstieg von 1,9 Milliarden EUR auf EU-Ebene entspricht;
- › 2,7 Milliarden EUR an Direkthilfen für die Menschen, z. B. für Arbeitskräfte und gefährdete Gruppen.

(Bei den Direkthilfen für die Menschen können sich die Mittelzuweisungen in manchen Fällen mit den ESF-Anpassungen zur Unterstützung von Gesundheitsmaßnahmen und Unternehmen überschneiden.)

FINANZIERUNG UND GEÄNDERTE VORSCHRIFTEN

- › 7,6 Milliarden EUR an zusätzlichen EU-Vorfinanzierungszahlungen;
- › 129 kohäsionspolitische Programme haben die Möglichkeit gewählt, den EU-Kofinanzierungssatz von 100% anzuwenden.
- › 3,3 Milliarden EUR wurden insgesamt zwischen Fonds und/oder Kategorien von Regionen übertragen.



“ Bis zur Einigung über das REACT-EU-Paket nutzen die Mitgliedstaaten die Flexibilität und Liquidität der Kohäsionsfonds in vollem Umfang, um diejenigen zu unterstützen, die am stärksten betroffen sind: Beschäftigte im Gesundheitswesen und Krankenhäuser, KMU sowie Arbeitskräfte ... Während die standardmäßige Kohäsionsunterstützung auf langfristige Investitionen für die regionale Konvergenz ausgerichtet ist, wurden über die Investitionsinitiativen CRII und CRII+ Notfallmaßnahmen dort ergriffen, wo sie am dringendsten benötigt wurden. ”

Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen

derung dar. Die ursprünglichen Systeme zur Finanz- und Indikatorüberwachung sind nicht darauf ausgelegt, die konkreten Maßnahmen, die derzeit ergriffen werden, zu verfolgen. Am 12. Mai 2020 schlugen die Kommissionsdienststellen daher neue [Finanz- und Outputindikatoren](#) als „gemeinsame“ COVID-19-Indikatoren vor, die von den nationalen und regionalen Programmen herangezogen werden können.

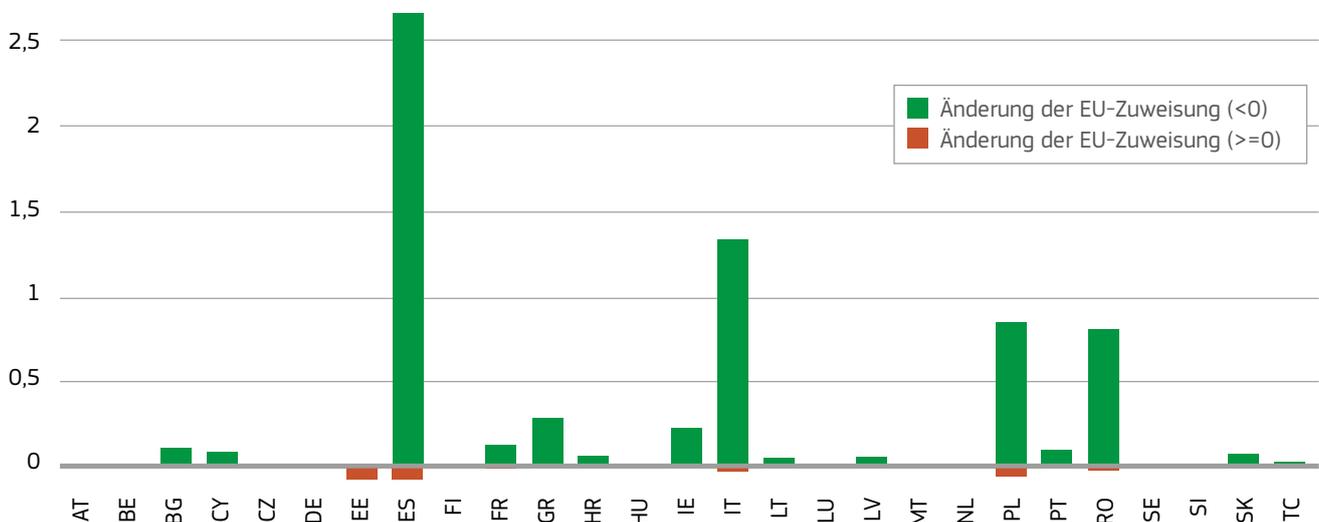
Mittelzuweisungen der EU für Gesundheit deutlich aufgestockt

Die strategischen Gesundheitsinvestitionen wurden in den Programmen im Zeitraum 2014–2020 ursprünglich bereits mit EU-Mitteln in Höhe von mehr als 10 Milliarden EUR

gestärkt. Die Übertragung von Mitteln innerhalb und zwischen dem EFRE und dem ESF in mehreren Programmen führte zu einem Nettoanstieg der Förderung für Gesundheitsmaßnahmen. Nach der Annahme der neuen Verordnungen über CRII und CRII+ wurden verstärkt Programmänderungen vorgenommen, um Finanzierungsmöglichkeiten für neue Maßnahmen zu berücksichtigen, wie zum Beispiel die Anschaffung von persönlicher Schutzausrüstung, Medikamente, Tests, die Einstellung von zusätzlichem Gesundheitspersonal, medizinische Betreuung oder häusliche Pflegedienstleistungen für besonders gefährdete Gruppen.

Genauere Daten zur finanziellen Unterstützung der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie werden von den nationalen und regionalen Programmen bereitgestellt, die sich zur

COVID-19 / CRII – ÄNDERUNGEN BEI DER GEPLANTEN EU-UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS GESUNDHEITSWESEN SEIT DEM 1. FEBRUAR 2020 (MILLIARDEN EUR)



Identifizierung und Verfolgung der finanziellen Unterstützung bereit erklärt haben. Zur besseren Datenerfassung arbeitet die Kommission mit diesen Programmen zusammen, da der Gesamtumfang der EU-Unterstützung zu solchen Zwecken mit Wahrscheinlichkeit höher ausfällt. Die Daten werden jeweils im Anschluss regelmäßig aktualisiert.

Mehr Unterstützung für Unternehmen

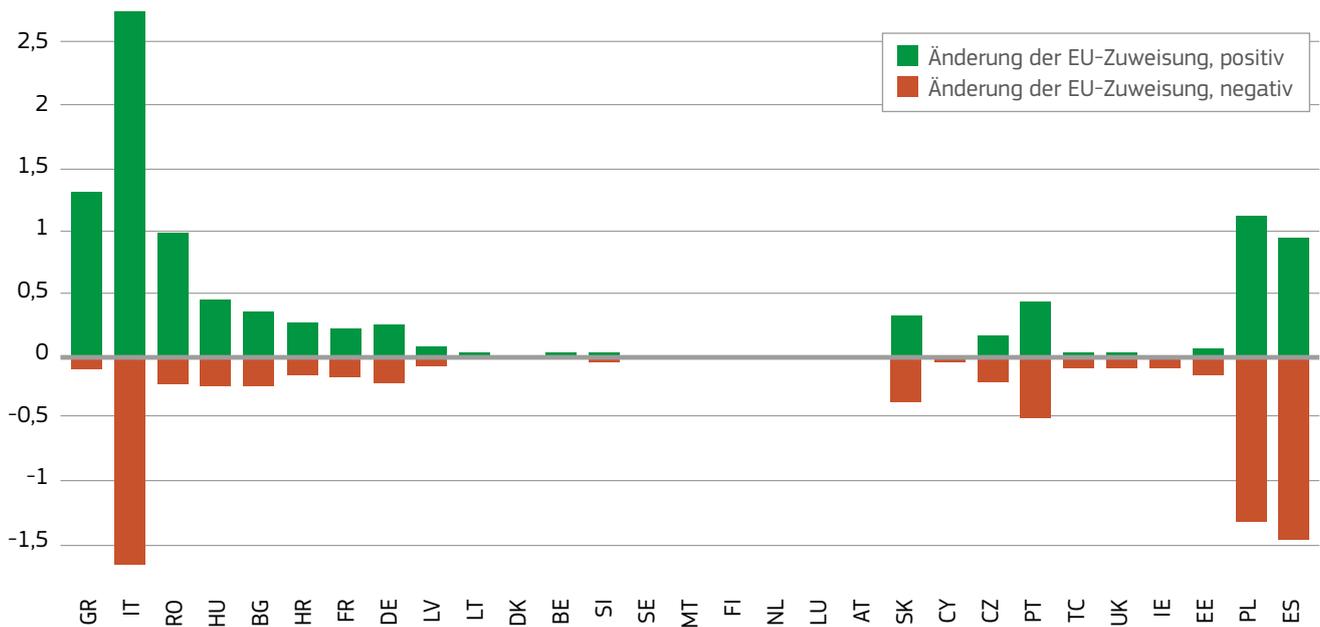
Die Unterstützung von Unternehmen war von Beginn an ein zentrales Investitionsthema für die Kohäsionspolitik, die zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen, insbesondere für KMU, gefördert hat. Das Förderspektrum umfasst Bereiche wie Forschung und Innovation, Unternehmertum, Energieeffizienz, Zugang zu Finanzmitteln, Digitalisierung und viele weitere Aspekte.

Jedes Land und jede Region hat eigene Strategien erarbeitet, um die Coronavirus-Krise bestmöglich zu bewältigen. Das erfordert oft die Umverteilung von Mitteln aus einer Maßnahme mit umfangreicheren noch nicht zugewiesenen Mitteln auf eine andere Maßnahme, die mehr Potenzial bietet, um die Wirtschaft neu zu beleben und in der Krise gegenzusteuern. Die Mittel können dabei aus anderen Förderbereichen oder auch aus unterschiedlichen Prioritäten innerhalb desselben Bereichs stammen.

Unterstützung der Menschen bei der Bekämpfung der Pandemiefolgen

Die Coronavirus-Krise hat in der gesamten Gesellschaft einen Domino-Effekt ausgelöst, den die Menschen auf unterschied-

COVID-19 / CRII – ÄNDERUNGEN BEI DER GEPLANTEN EU-UNTERSTÜTZUNG FÜR UNTERNEHMEN SEIT DEM 1. FEBRUAR 2020 (MILLIARDEN EUR)

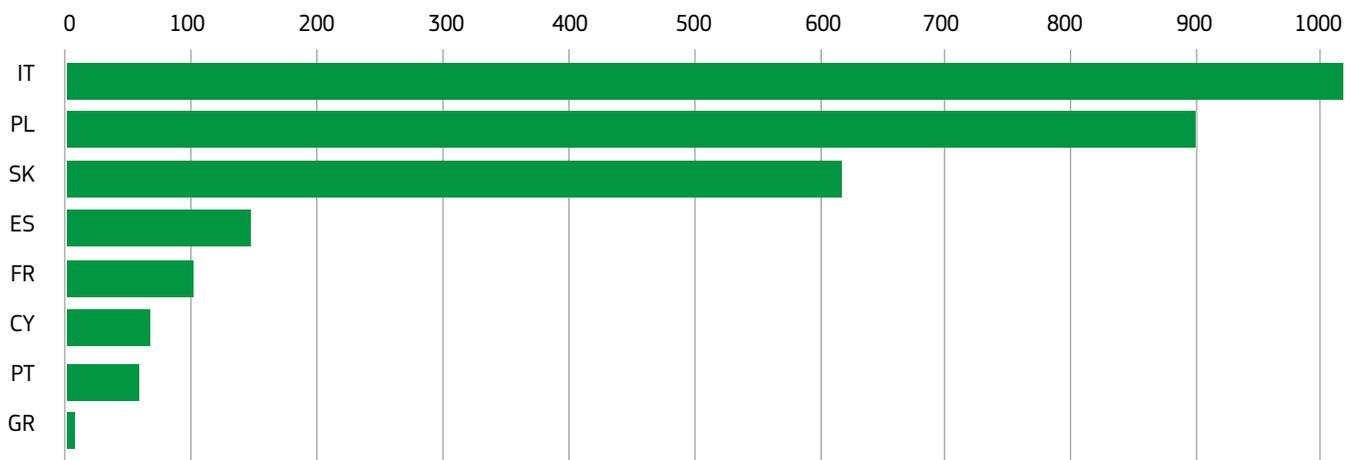


Gibt es ein Thema, das Ihrer Ansicht nach in künftigen *Panorama* DATENPUNKT-Artikeln behandelt werden sollte?
Gibt es einen Datensatz, den wir auf die offene Datenplattform der ESI-Fonds stellen sollen?

Dann senden Sie eine E-Mail an: REGIO-EVAL@ec.europa.eu
 Folgen Sie der Diskussion auf TWITTER #ESIFopendata
 oder abonnieren Sie unseren Newsletter: http://ec.europa.eu/newsroom/index.cfm?service_id=788



WERT DER ESF-MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER COVID-19-PANDEMIE (MILLIONEN EUR)



liche Weise zu spüren bekommen. Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist die wichtigste Säule der Unterstützung für Sozialdienstleistungen, den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Unterstützung von gefährdeten Gruppen und vieles Weitere.

Die oben stehende Grafik zeigt die Beträge, die zur Bekämpfung oder Abfederung der Auswirkungen der Pandemie eingeplant sind, beispielsweise als Mittel für Kurzarbeitsregelungen, Gehaltszulagen für Gesundheitspersonal, IT-Ausstattung, persönliche Schutzausrüstung und Leistungen für gefährdete Gruppen.

Erhöhung der jährlichen Vorfinanzierung

Diese Maßnahme aus dem ersten CRII-Paket, die von der Kommission automatisch angewendet wurde, stellte insgesamt 7,6 Milliarden EUR an nicht wieder eingezogenen Vorfinanzierungszahlungen aus 2019 für alle Programme frei. Die im Jahr 2019 nicht wieder eingezogenen jährlichen Vorfinanzierungsbeträge können von den Mitgliedstaaten umgeschichtet werden, um Ausgaben im Zusammenhang mit der Pandemie zu beschleunigen. Effektiv werden EU-Mittel dadurch vorgezogen, da die im Jahr 2020 nicht wieder eingezogenen Beträge erst bei Abschluss des Programmzeitraums abgerechnet bzw. wieder eingezogen werden.

Mehrere Programme haben sich für die Option entschieden, einen EU-Kofinanzierungssatz von 100% zu beantragen.

Auf Antrag eines Landes könnten die in der Rechnungslegung für 2020-2021 geltend gemachten Ausgaben damit vorübergehend ausschließlich über EU-Mittel finanziert werden. Diese Option der europäischen Kofinanzierung zu 100% zählt in den meisten geänderten Programmen zu den beliebtesten Maßnahmen.

Manche Länder haben Mittel zwischen Fonds übertragen

Auf Antrag eines Landes könnten die für die Programmplanung 2020 verfügbaren Mittel zwischen dem EFRE, dem ESF und dem Kohäsionsfonds übertragen werden.

Ebenso wäre es außerdem möglich, die für 2020 verfügbaren Mittel zwischen verschiedenen Kategorien von Regionen zu übertragen. Die am stärksten urbanisierten Gebiete sind am stärksten vom Virus betroffen. Entsprechend sind dort zusätzliche Investitionen im Bereich der Gesundheitsversorgung erforderlich. ■

WEITERE INFORMATIONEN

Corona-Übersichtsseite

Überblick über die [EU-Maßnahmen gegen das Coronavirus](#)

Aktuelle Nachrichten zu den konkreten politischen Reaktionen nach Land und Region im Rahmen des ERFE/Kohäsionsfonds

Aktuelle Nachrichten zu den konkreten [ESF-Maßnahmen](#)

Interreg verlegt seine Jahresveranstaltung ins Internet

Die diesjährige Interreg-Jahresveranstaltung 2020 fand unter ganz besonderen Umständen statt, zu einer Zeit, in der wir alle von der COVID-19-Pandemie betroffen sind.

Die größte Veranstaltung im Interreg-Kalender brachte die Verwaltungsbehörden und gemeinsamen Sekretariate aller Interreg-Programme, einschließlich IPA und ENI CBC, zusammen, um die Herausforderungen und Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission zu erörtern.

Die diesjährige Veranstaltung sollte eigentlich auch das 30-jährige Bestehen von Interreg feiern. Wir werden diese Geburtstagsfeier nicht vergessen, haben sie aber auf 2021 verschoben, wenn wir hoffentlich wieder persönlich zusammenfinden können.

Die Interreg-Jahresveranstaltung fand vom 15. bis zum 16. Oktober unmittelbar nach der #EURegionsWeek in einem rein digitalen Format statt. Auch die deutsche Präsidentschaft im Rat der EU war bei der Veranstaltung vertreten.

Zum Auftakt des Treffens fand am Nachmittag des 15. Oktober 2020 eine Plenarsitzung statt, der Elisa Ferreira als Kommissarin für Kohäsion und Reformen, ein Vertreter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie der ehemalige EU-Kommissar Janez Potočnik beiwohnten. Potočnik hielt eine Grundsatzrede zur „Rolle der territorialen Zusammenarbeit beim Erreichen unserer Ziele im Rahmen des Grünen Deals“.

Bei einem Jugenddialog, der ebenfalls an diesem Nachmittag stattfand, präsentierten junge Menschen, die mit Interreg und Zusammenarbeit vertraut sind, ein Manifest zur Zukunft der Zusammenarbeit.

Am 16. Oktober lag der Schwerpunkt auf eher technischen Aspekten der Programmplanung für 2021-2027, insbesondere bezüglich der wesentlichen Inhalte unserer zukünftigen Programme und der Frage, wie die Koordination und Kapitalisierung verbessert werden könnten. Diese Arbeit erfolgte in sieben parallel durchgeführten Workshops, die sich jeweils mit einem bestimmten politischen Ziel befassten (einschließlich der beiden Interreg-spezifischen Ziele), sowie in einer anschließenden Plenarsitzung zu Koordinationsfragen, die mit der Unterstützung von Interact organisiert wurde.



Die Europäische Kommission bedankt sich herzlich bei allen, die an der diesjährigen Interreg-Jahresveranstaltung teilgenommen haben. Das war zweifellos eine aus technischer Sicht sehr herausfordernde Aufgabe und durch das virtuelle Format natürlich in keiner Weise mit einem persönlichen Treffen vergleichbar. Dennoch sind wir hochofret, dass es auf der diesjährigen Veranstaltung gelungen ist, Vernetzungsmöglichkeiten zu bieten und die große Interreg-Gemeinschaft zu erreichen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen – nie war sie wichtiger

Der [Workshop „Health: Interreg NEXT & IPA CBC in action“](#) („Gesundheit: Interreg NEXT und IPA CBC in Aktion“), der im Rahmen der 18. Europäischen Woche der Regionen und Städte stattfand, unterstrich die Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Gesundheitsversorgung in Grenzregionen aus verschiedenen Perspektiven. Vertreterinnen und Vertreter der Programme IBA CBC Bulgarien-Serbien und ENI CBC Polen-Weißrussland-Ukraine, des Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Belgien und Frankreich sowie des CESCO (Central European Service for Cross-border Initiatives) stellten erfolgreiche grenzüberschreitende Projekte im Bereich der Gesundheitsversorgung vor und erörterten die Hindernisse und Herausforderungen, auf die sie dabei gestoßen sind.

Die COVID-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen nicht nur dazu da ist, das Leben der Menschen in den Grenzregionen zu verbessern und die grenzüberschreitende Mobilität zu fördern, sondern dass sie in Fragen, in denen es um Leben und Tod geht, ganz entscheidend sein kann. Das macht sie heute wichtiger denn je.





Gesundheitsprojekte im Programm Interreg IPA CBC
Bulgarien-Serbien

Sachverständige der GD SANTE, GD NEAR und GD REGIO der Europäischen Kommission lieferten ergänzend dazu Informationen über die diesbezügliche politische, finanzielle und legislative Unterstützung. Die Binnen- und Außengrenzen der EU sind zweifellos mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert: es bestehen unterschiedliche Gesundheitssysteme; es gelten unterschiedliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften; unterschiedliche Sprachen und Visabestimmungen können erschwerend hinzukommen; und die Qualifikationen von Angehörigen der Gesundheitsberufe werden auf der anderen Seite der Grenze möglicherweise nicht anerkannt. Doch dafür gibt es eine Lösung: die Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit!

Die zweite Woche der makroregionalen Strategien der EU wird virtuell!

Die Veranstaltung, die unter dem Motto „Rethink, Recover, Reconnect“ stattfindet, verfolgt drei Ziele: einen neuen Ansatz, um die Zusammenarbeit und das Leben nach der Pandemie neu auszurichten; die Erholung von den sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mithilfe der makroregionalen Strategien (MRS); und die Wiedereinbindung von

Interessengruppen aus den vier Makroregionen, um Maßnahmen vor Ort zu realisieren.

Die Agenda stützt sich auf den [Bericht der Kommission](#) und die [Schlussfolgerungen des Rates zum zweiten Bericht über die Durchführung der makroregionalen Strategien](#), die Folgendes vorsehen:

- › die Befähigung aller Interessenträger, um die Abstimmung zwischen den MRS und EU-Mitteln zu verbessern;
- › Unterstützung der Erholung von der COVID-19-Pandemie mithilfe der MRS;
- › die Förderung des Einbettungsprozesses; und
- › eine stärkere Einbeziehung von Jugend- und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Nähere Informationen zur Anmeldung werden in Kürze auf unserer Website [Info REGIO](#) bzw. auf Twitter unter [@RegioInterreg](#) zur Verfügung stehen. ■



Im Anschluss an die erfolgreiche Auftaktveranstaltung zu Beginn dieses Jahres wird vom 1. bis zum 5. März 2021 die zweite Ausgabe der Woche der makroregionalen Strategien (MRS) der EU stattfinden.

Stärkung von KMU und grenzüberschreitendem Geschäftsverkehr

Europas kleine und mittlere Unternehmen machen insgesamt 99% aller Unternehmen in der EU aus und bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Dennoch besteht hier noch Luft nach oben, insbesondere bei KMU, die in Grenzregionen tätig sind.

Die Europäische Kommission arbeitet daher gemeinsam mit Partnern in den EU-Grenzregionen daran, die Internationalisierung dortiger KMU voranzubringen.

KMU nehmen in allen Sektoren der europäischen Wirtschaft eine Schlüsselfunktion ein, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa beiträgt. Selbst in dieser schwierigen Zeit der gegenwärtigen Pandemie haben sie sich als robustes Fundament der europäischen Wirtschaft erwiesen. Die Grenzen, die sich durch Europa ziehen, ziehen sich damit jedoch oft zugleich durch die Märkte, an denen KMU operieren.

Engere Geschäftsbeziehungen

Es gibt zahlreiche Faktoren, die KMU davon abhalten, grenzübergreifend tätig zu werden. Um ihre grenzübergreifenden Geschäftsaktivitäten zu fördern, bietet die Europäische Kommission Unternehmen diverse Möglichkeiten zur Internationalisierung und Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeiten in diesen Regionen.

Die neue „KMU-Strategie für ein nachhaltiges und digitales Europa“, die von der Europäischen Kommission im März 2020 veröffentlicht wurde, trägt dem Wunsch, die Internationalisierung von KMU voranzubringen, Rechnung. Die Strategie stützt sich auf drei Säulen: Kapazitätsaufbau und Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung; Abbau der regulatorischen Hürden; und Verbesserung des Marktzugangs sowie des Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten.



Erster Online-Studienbesuch, Spanien

In der Mitteilung der Kommission heißt es: „Die europäischen KMU empfinden die Rechtsvorschriften – insbesondere aufgrund der in den Mitgliedstaaten unterschiedlichen Verfahren – als komplex und aufwendig. Diese Hindernisse halten viele KMU von einer grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit und einer Expansion ab. Wenn sie dies dennoch tun, dann häufig mithilfe großer Plattformen als Vermittler, was Ungleichheiten bezüglich der Verhandlungsmacht mit sich bringt.“

Gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, Handelskammern und weiteren Partnern greift die Kommission auf verschiedene Methoden zurück, um die grenzübergreifenden Möglichkeiten für KMU in Europa zu verbessern. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen u. a.: die Ernennung eines hochrangigen KMU-Beauftragten; die Motivierung der Mitgliedstaaten dazu, bewährte Verfahren auszutauschen und zu übernehmen; und die Aufforderung der Mitgliedstaaten dazu, das einheitliche digitale Zugangstor KMU-freundlich umzusetzen.



Die Initiative ergreifen

Das Interreg-Europe-Projekt „INTER VENTURES“ ist eine Initiative mit dem Ziel, die Internationalisierung von KMU zu fördern. Mehrere Partner aus fünf europäischen Grenzregionen in Ungarn/Kroatien, Italien, Litauen, Polen und Spanien arbeiten dabei mit dem Projekt zusammen. Alle Projektpartner und ihre Regionen befinden sich im Hinblick auf die sich fortwährend weiterentwickelnden KMU-Ökosysteme in unterschiedlichen Phasen, von gelegentlicher grenzüberschreitender Zusammenarbeit bis hin zur internationalen Clusterbildung. Durch Studienbesuche, den Austausch bewährter Verfahren und überregionale Sitzungen – derzeit meist in Form von virtuellen oder Online-Aktivitäten – tauschen die Partner sich darüber aus, wie man europaweit die KMU-Internationalisierung verbessern und die Regionen in ganz Europa stärken könnte. Ihre Erkenntnisse daraus werden in eine politische Empfehlung sowie einen Aktionsplan einfließen.

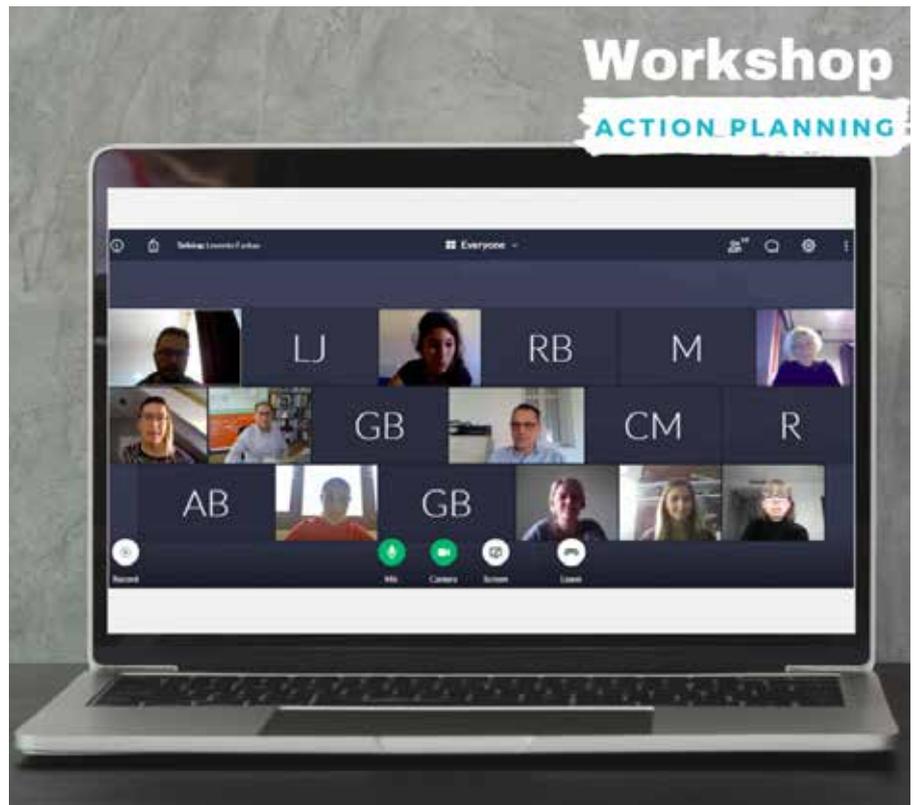
Im Durchführungszeitraum vom 1. August 2019 bis zum 31. Juli 2022, der voraussichtlich bis Ende 2022 verlängert wird, wurden INTER VENTURES aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung Mittel in Höhe von 1 376 708 EUR zugewiesen. Die Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) unterstützt die Partner im Rahmen dieses Projekts, indem sie diese bei ihren Berichten und Verfahren berät.

Ein weiteres Interreg-Projekt, das seinen Schwerpunkt auf KMU in Grenzregionen legt, ist „KISS ME“. Es vergleicht die Ansätze aus vier verschiedenen Grenzregionen im Hinblick auf Strategien und Projekte, die darauf abzielen, die Einbeziehung der KMU in der EU zu fördern. Die Erkenntnisse daraus werden von den Partnern aus diesen vier Regionen vorgestellt und anschließend in die Entwicklung von Aktionsplänen einfließen. Die Ergebnisse werden auf europäischer Ebene verbreitet, damit alle Regionen ihre KMU besser dabei unterstützen können, ihre Wettbewerbsfähigkeit grenzübergreifend zu behaupten. KISS ME erhält für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Juni 2021 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung Mittel in Höhe von 977 413 EUR.

In Anbetracht der vielen verschiedenen Initiativen, die im Rahmen aktueller und künftiger EU-Programme angekündigt wurden, sieht die Zukunft der KMU in Europa sehr vielversprechend aus. Die Beseitigung der Hindernisse für Unternehmen inner-

halb Europas könnte auch im grenzübergreifenden Umfeld von entscheidender Bedeutung sein, sofern diese angekündigten Initiativen in den Grenzgebieten korrekt umgesetzt werden. Damit wäre der Grundstein für eine effektive Zusammenarbeit zwischen KMU in einem grünen, besser vernetzten und intelligenteren Europa gelegt.

Viele Interessenträger in ganz Europa haben die Notwendigkeit besserer Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Vorteile, die sich dadurch bieten können, bereits anerkannt. Denn der Erfolg der europäischen Unternehmen – in allen Gebieten – bedeutet Erfolg für Europa und die europäischen Bürgerinnen und Bürger. ■



Workshop zur Aktionsplanung, INTER VENTURES

MEHR DAZU

Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG):
<https://www.aebr.eu/>

b-solutions zur Überwindung grenzüberschreitender Hindernisse

B



NL

Die Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG), ein europaweites Netzwerk von Grenz- und grenzüberschreitenden Regionen, verwaltet seit 2017 die Initiative *b-solutions*. Ihr Ziel ist es, öffentliche Einrichtungen und grenzüberschreitende Strukturen dazu zu befähigen, rechtliche und administrative grenzbezogene Hindernisse systematisch anzugehen und auf spezialisierte technische Unterstützung zuzugreifen, um Lösungen zu finden.

b-solutions wurde von der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission konzipiert, um die Wirkung der bestehenden Mechanismen zur Regulierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den Binnengrenzen der EU- und EFTA-Länder zu verstärken. Die Initiative entspricht den Orientierungen der Kommissionsmitteilung „[Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen](#)“ aus dem Jahr 2017.

Das Finanzierungsprogramm Interreg zeigt zwar bereits seit 30 Jahren Erfolge, doch ergeben sich durch nationale Grenzen nach wie vor zahlreiche Hindernisse für das Wachstum in den europäischen Grenzregionen.

Die Bürgerinnen und Bürger erleben beim Grenzübergang mit öffentlichen Verkehrsmitteln noch immer Schwierigkeiten, da die unterschiedlichen nationalen Vorschriften der Schaffung gemeinsamer Infrastrukturen entgegenstehen. Ähnlich können auch Patientinnen und Patienten nicht von Gesundheitsdienstleistungen in Nachbarländern profitieren, da sich die Systeme für die Rückerstattung der Kosten zu sehr unterscheiden, und Grenzgängerinnen und Grenzgänger müssen sich in Bezug auf Besteuerung und Sozialleistungen mit verwirrenden Regelungen auseinandersetzen, da in den Mitgliedstaaten jeweils unterschiedliche Systeme der sozialen Sicherheit bestehen.

Das sind nur einige Beispiele für die Probleme, die daraus erwachsen, wenn an den Grenzen unterschiedliche Verwaltungs- und Rechtskulturen aufeinander treffen. Die lokalen, regionalen und nationalen Behörden können diese Probleme jedoch nur lösen, wenn ihre gezielte Identifikation und die nötige fachliche Kompetenz gewährleistet sind.

Deshalb bietet *b-solutions* öffentlichen Einrichtungen und grenzübergreifenden Strukturen die Möglichkeit zur Rechtsberatung durch externe Sachverständige, welche die erkannten Hindernisse analysieren und maßgeschneiderte Lösungen zu ihrer Beseitigung entwickeln. Dadurch erschließen sie neue, wirksame Wege, um grenzübergreifende Interaktionen und damit auch die europäische Integration insgesamt zu fördern.





Bisherige Errungenschaften

Seit Anfang 2018 hat die AGEG drei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gestartet, um in acht verschiedenen **Themenbereichen** neue Hindernisse zu ermitteln: öffentlicher Personenverkehr, Gesundheits- und Notfalldienste, Mehrsprachigkeit, Beschäftigung, institutionelle Zusammenarbeit, Fakten und Daten, Informationsdienste und elektronische Behördendienste.

Bisher wurden EU-weit insgesamt 66 Hindernisse identifiziert, 43 davon wurden im Verlauf der letzten zwei Jahre analysiert. Dabei zeigte sich eine Vielzahl unterschiedlicher Situationen, in denen der administrative oder rechtliche Aspekt des Hindernisses nicht immer klar erkennbar, sondern vielmehr eine mehrdimensionale Verwebung verschiedener Faktoren gegeben war. Darüber hinaus waren auch die Ursachen sehr vielfältig und betrafen jeweils unterschiedliche legislative und administrative Bereiche, von der lokalen bis zur europäischen Ebene.

Trotz aller Parallelen zwischen den Hindernissen, die an den verschiedenen Grenzen festgestellt wurden, war keine Pauschallösung verfügbar. Die Sachverständigen schlugen daher für jeden Einzelfall gezielte Lösungen vor, die den spezifischen Gegebenheiten der betroffenen Grenzregionen Rechnung trugen.

In vielen Fällen waren dafür Änderungen am bestehenden Rechtsrahmen erforderlich. Die bereits dafür verfügbaren Instrumente, wie beispielsweise Interreg und der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit, waren zwar hilfreich, eigneten sich jedoch nicht zur Bewältigung von Herausforderungen, die sich durch mangelnde Kohärenz oder Vereinbarkeit zwischen den unterschiedlichen Rechtsvorschriften in den Grenzregionen ergaben. In vielen Fällen hätte der Europäische grenzüberschreitende Mechanismus der Kommission eine unmittelbare Lösung bieten können, wenn er verabschiedet worden wäre.

Wesentlich umfassendere Informationen zur Analyse der 43 Hindernisse sind im ersten ***b-solutions*-Kompendium** zu finden, das von der AGEG und der GD REGIO erarbeitet und im Juli veröffentlicht wurde. Diese Publikation bietet einen Überblick über die Initiative, enthält diverse politische Empfehlungen für politische Verantwortliche auf unterschiedlichen Ebenen sowie eine ausführliche Beschreibung der festgestellten Hindernisse und kann anderen Interessengruppen als Anregung dienen.

Was folgt als Nächstes?

Die **23 neuen Hindernisse**, die im November 2020 ausgewählt wurden, geben weiteren Aufschluss über die konkreten Situationen, die sich an verschiedenen EU-Grenzen ergeben. In den kommenden Monaten werden mehrere Sachverständige, die nach einer **Aufforderung zur Interessenbekundung** ausgewählt und den jüngsten Fällen zugeteilt werden, neue Strategien ausarbeiten, um die bestehenden Hindernisse zu überwinden.

Damit ist die Arbeit von *b-solutions* jedoch noch nicht getan. Über einen vierten und letzten Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen werden im Januar 2021 weitere Hindernisse zur Auswahl kommen. Öffentliche Einrichtungen und grenzübergreifende Strukturen aus der EU und den EFTA-Nachbarländern werden somit eine weitere Möglichkeit haben, um auf Schwierigkeiten hinzuweisen, die sie bei der Zusammenarbeit mit ihren Nachbarländern behindern.

Diese Methodik könnte sich als wertvolles Instrument zur erfolgreichen Gestaltung des nächsten Interreg-Programms 2021–2027 erweisen. Interessengruppen der „Interreg-Familie“ sollten daher unbedingt diese Gelegenheit wahrnehmen, um aus erster Hand zu erfahren, wie *b-solutions* zur Beseitigung von Rechts- und Verwaltungshindernissen beiträgt.

Der vierte Aufruf wird auf der **Website** von *b-solutions* veröffentlicht. Zum Ende der Implementierungsphase werden im Winter 2021/2022 mehrere neue Publikationen erscheinen, die sowohl an Fachkreise als auch an die Allgemeinheit gerichtet sind.

Trotz der beispiellosen Umstände des Jahres 2020 wird es für *b-solutions* und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit kein Aufgeben geben! ■



MEHR DAZU

<https://www.b-solutionsproject.com/>

Der EU-SPI 2020 bewertet Europas soziale und ökologische Leistung

Der Index der EU für sozialen Fortschritt in den Regionen für das Jahr 2020 (EU-SPI 2020) wurde am 2. Dezember in Vorbereitung auf den nächsten Programmplanungszeitraum für die Kohäsionspolitik vorgestellt.

Er dient der Messung des sozialen Fortschritts in den einzelnen europäischen Regionen und ergänzt traditionellere Messgrößen des wirtschaftlichen Fortschritts wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der EU-SPI ist im Rahmen des „Beyond GDP“-Dialogs („Jenseits des BIP“) als Alternative zu traditionellen Messgrößen definiert. Er stützt sich ausschließlich auf soziale und ökologische Indikatoren, um die gesellschaftliche Entwicklung besser widerzuspiegeln.

Der Index für 2020 orientiert sich am Gesamtrahmen des globalen [Index zum sozialen Fortschritt](#). Gemessen wird er nach 12 Komponenten aus drei übergeordneten Dimensionen, die grundlegende, fortgeschrittene und feinere Aspekte des sozialen Fortschritts beschreiben. Der EU-SPI 2020 zieht zur Leistungsbewertung 55 statistische Indikatoren heran, die vorwiegend von Eurostat, aber auch aus anderen Quellen wie zum Beispiel der Gallup World Poll, der Europäischen Umweltagentur, dem Quality of Government Institute und dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen stammen.

Sein Zweck ist es, die Leistungsmessung in den EU-Regionen anhand von vielfältigen Kriterien zu erleichtern und dadurch politische Entscheidungsverantwortliche sowie Interessengruppen dabei zu unterstützen, die Stärken und Schwächen einer Region nach rein sozialen und ökologischen Aspekten zu bewerten. Viele dieser Aspekte spielen bei Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik eine zentrale Rolle, wie zum Beispiel in den Bereichen Grundversorgung (Gesundheit, Bildung, Wasser, Abfallentsorgung), Informationszugang, Kommunikationstechnologien, Energieeffizienz, Bildung und Kompetenzen oder Bekämpfung der Umweltverschmutzung.

Die Indexbewertung erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 0 die geringste Stufe des sozialen Fortschritts angibt und 100 die höchste. Die Skala ergibt sich aus der jeweils besten und schlechtesten (möglichen) globalen Leistung nach den einzelnen Indikatoren, die bei einer der europäischen Regionen gemessen wird.

Die Ergebnisse aus dem Jahr 2020 zeigen, dass die sozialen Ungleichheiten sowohl in den Regionen als auch im Hinblick auf verschiedene Aspekte des sozialen Fortschritts sehr unter-



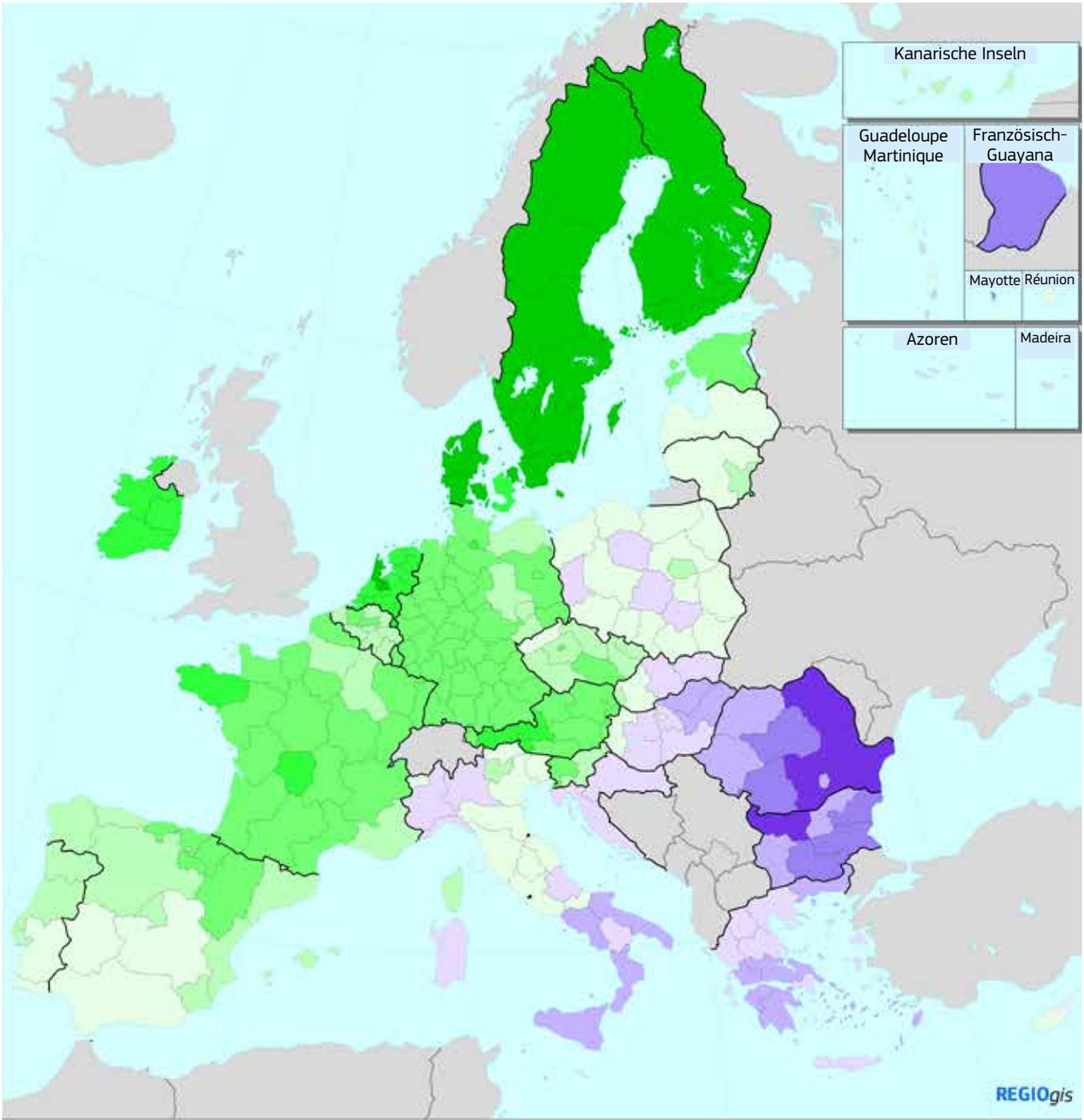
schiedlich ausfallen. In den nordischen Ländern wird eine ordentliche Leistung beobachtet, während die Länder im Südosten dahinter zurückbleiben. Die zehn bestbewerteten Regionen liegen alle in Dänemark, Finnland oder Schweden. Die schwedische Region Övre Norrland verzeichnet (wie bereits beim ersten veröffentlichten Index 2016) den höchsten Grad des sozialen Fortschritts, gefolgt von der Region Helsinki-Uusimaa in Finnland und Mellersta Norrland in Schweden.

Die Ergebnisse belegen, dass EU-Regionen im Hinblick auf die grundlegenden Bedürfnisse im Durchschnitt besser abschneiden. Ein guter Fortschrittsgrad im Hinblick auf die grundlegenden Komponenten lässt sich beispielsweise durch höhere Investitionen in die Abwasserbehandlung und öffentlich geförderte Wohnungen erzielen. Bei der Indexdimension, die auf bestehende Chancen eingeht, zeigt sich eine größere Schere. Hier gibt es einige Regionen mit sehr guter und andere mit schlechter Leistung. Diese Dimension berücksichtigt feinere Aspekte des sozialen Fortschritts, bei denen Verbesserungen schwerer zu erzielen sind. Dazu zählen beispielsweise die Korruptionsbekämpfung in öffentlichen Einrichtungen und die Unterstützung von Frauen beim Zugang zum und Verbleib im Arbeitsmarkt.

Die Indexbewertung 2020 stützte sich auf eine Reihe sorgfältiger Verfeinerungen in Bezug auf die Indikatoren und die Zuverlässigkeit der regionalen Daten. Auf der Europa-Website stehen mehrere interaktive Instrumente zur Verfügung, darunter Bewertungskarten, Landkarten, anpassbare Diagramme, ein Methodenbericht sowie eine interaktive Geschichte auf dem Offenen Datenportal zu den ESIF.



EU-Index für sozialen Fortschritt in den Regionen – 2020 EU-SPI



EU-Index für sozialen Fortschritt in den Regionen – 2020 EU-SPI

Verzeichnis



Quellen: GD REGIO
 Anmerkung: Maßeinheit: 0-100
 Bewertungspunkte



© EuroGeographics Verband für Verwaltungsgrenzen



Zusammenarbeit von Städten in Europa und Nord- und Südamerika zur nachhaltigen Stadtentwicklung

Eine Zusammenarbeit zwischen mehreren Städten in Europa sowie Nord- und Südamerika bringt die nachhaltige Stadtentwicklung voran und erleichtert den Menschen das Leben in der Pandemie, sei es durch die Umwandlung verkehrsverstopfter Straßen in fußgänger- und fahrradfreundliche Wege oder durch die Förderung der Ernährungssicherheit in ärmeren Gegenden durch landwirtschaftliche Betriebe. Solche und viele weitere innovative Ergebnisse wurden von den Teilnehmenden des Programms für internationale Städtezusammenarbeit auf der Europäischen Woche der Regionen und Städte 2020 vorgestellt.

Das EU-finanzierte Programm für internationale Städtezusammenarbeit (IUC) fußt auf dem Grundsatz, dass viele Länder das gemeinsame Interesse verfolgen, eine umweltverträgliche Stadtentwicklung zu fördern, die lebenswerte, ressourceneffiziente und am Menschen orientierte intelligente Städte hervorbringt.

Seit Beginn der Initiative 2017 arbeiten verschiedene Städte in ganz Europa mit weltweiten Partnern, wie Nordamerika (IUC-NA), Lateinamerika sowie der Karibik (IUC-LAC), zusammen, um Wissen und bewährte Verfahren zu nachhaltigen Lösungen für städtische Probleme auszutauschen. Bei einer Arbeitssitzung auf der Europäischen Woche der Regionen und Städte am 13. Oktober präsentierten Teilnehmende aus diesen Regionen die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit, die teils auch dazu beitragen, die Umsetzung der Verfahren zum Schutz

gegen COVID-19 zu erleichtern und den Weg zu einer grüneren Lebensweise in den Städten nach der Pandemie zu ebnen.

„Wir sind davon überzeugt, dass es unseren Städte durch gemeinsames Handeln gelingen wird, aus der Krise und in eine bessere Zukunft zu navigieren“, so Rudolf Niessler, der Hauptberater der GD REGIO für internationale Beziehungen, in seiner Eröffnungsrede.

Die Arbeitssitzung, der mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter der IUC-Teilnehmerstädte beiwohnten, war in zwei Diskussionsrunden aufgeteilt. Die erste galt den Themen Mobilität und digitaler Wandel, die zweite befasste sich mit der Kreislaufwirtschaft und der Energiewende.

Mobilität

Die argentinische Hauptstadt Buenos Aires und die spanische Hauptstadt Madrid pflegten eine enge Zusammenarbeit – häufig auch in Form von Telefongesprächen zur gegenseitigen Beratung in Echtzeit – um das Vorhaben umzusetzen, große Straßen, die von gemeinsamen Problemen wie Verschmutzung, hohem Verkehrs- und Abfallaufkommen betroffen waren, in fußgängerfreundliche, lebenswerte Räume zu verwandeln.

Die Ergebnisse sind eine echte Bereicherung für die Bewohnerinnen und Bewohner. So sei zum Beispiel die Avenida Corrientes in Buenos Aires, in der zahlreiche Theater, Buchläden, Hotels und Restaurants zu finden sind, nun zu rund 75 % autofrei, wie Juan Vacas vom Ministerium für öffentlichen Raum von Buenos Aires erklärt.

Dieser neu erschlossene öffentliche Raum hat der Stadt in der COVID-19-Krise gute Dienste geleistet. Er habe nicht nur die Einrichtung einer neuen Fahrradspur sowie zusätzlicher Fuß-





und Radwege ermöglicht, die als Alternative zum öffentlichen Nahverkehr genutzt werden können, sondern zugleich auch den nötigen Platz für Restaurants geschaffen, um Gästen während der Restaurantbeschränkungen auf den Gehsteigen Tische im Freien anbieten zu können, so Vacas auf der Sitzung. Angesichts der anhaltenden Pandemie arbeite man außerdem ebenfalls an Plänen zur Verlegung von Kulturveranstaltungen ins Freie, wie Vacas ergänzte.

Digitale Transformation

Die italienische Stadt Turin tat sich mit einem Verbund aus sechs brasilianischen Gemeinden, dem sogenannten Grande ABC, zusammen, um Know-how in diversen technologiebezogenen Bereichen auszutauschen. So ging es unter anderem um intelligente Straßen und „Mobilität als Dienstleistung“ (Mobility-as-a-Service – MaaS), welche die Integration verschiedener Verkehrsmittel bezweckt, sowie um die Möglichkeit, diese über eine gemeinsame digitale Plattform zu buchen, zu planen und zu bezahlen.

Dank der IUC-Zusammenarbeit wird das Grande ABC als erstes öffentliches Konsortium in Brasilien die Mobilitätsverwaltung mehrerer Gemeinden zentralisieren können.

Kreislaufwirtschaft

Die kolumbianische Stadt Barranquilla möchte das Leben der Menschen in einer Gegend verbessern, in der 78% der Bevölkerung von Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Deshalb setzt sie derzeit ein Pilotprojekt für urbane Landwirtschaft um, das auf einem von der italienischen Hauptstadt Rom entwickelten Fahrplan aufbaut.

„Stadtgärten bieten eine hervorragende Möglichkeit, um unser Lebensmittelsystem mehr auf Nachhaltigkeit auszurichten“, so Manuel Trujillo vom Bürgermeisteramt Barranquilla. „Und dank der Methode aus Rom müssen wir damit nicht bei Null anfangen.“

An dem Pilotprojekt beteiligen sich Partner aus dem öffentlichen sowie aus dem privaten Sektor sowie die Zivilgesellschaft. In der Startphase wurde außerdem auch die Gemeinschaft im direkten Umfeld des landwirtschaftlichen Pilotbetriebs sorgsam berücksichtigt – Migrantinnen und Migranten aus ländlichen Gebieten, die über landwirtschaftliche Fertigkeiten verfügen.

Das Pilotprojekt könnte zu einer umfassenderen, stadtweiten Initiative führen, die „unsere Kreislaufwirtschaft wirklich fördert“, so Trujillo.

Energiewende

Ihre Partnerschaft mit der lettischen Hauptstadt Riga hat die Stadt Edmonton in Kanada zu einem Perspektivenwechsel in Bezug auf die Nutzung von Wasserstoff zur Beheizung von Häusern und zur Energieversorgung des Nahverkehrs bewegt.

„Strom und Erdgas sind bei uns sehr günstig und werden daher seit langem als unkomplizierte Alternative genutzt“, erklärte Maura Braun von der Stadtverwaltung Edmonton auf der Sitzung. Dank der IUC könnte sich das jedoch bald ändern.

Das Team der Stadt gewann wertvolle Erkenntnisse aus der Wasserstoffnutzung in Riga – wie etwa die Beobachtung, dass die hybriden Oberleitungsbusse der Stadt auch in kälteren Klimazonen reibungslos funktionieren und sogar eine längere Reichweite bieten als rein elektrisch betriebene Fahrzeuge – die direkt bei der Stadtverwaltung und dem Beirat der Stadt Edmonton Beachtung fanden.

„Als Ergebnis davon führten wir Fahrzeuge mit Wasserstoffbrennzellen ein und nutzen bei unserer zweiten technischen Modellierungsrunde für die Energiewende von Edmonton Wasserstoff zur Beheizung von Gebäuden“, berichtete Braun. ■

NEUE IDEEN FÜR STÄDTE NACH DER PANDEMIE

Städte sind von der COVID-19-Krise weltweit am stärksten betroffen und machen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Globale Lösungen, die für ihre erfolgreiche Zukunft sorgen können, sind daher heute umso dringender erforderlich.

Dank Beiträgen aus mehr als 30 Städten in Europa und Lateinamerika, die im Rahmen von sieben Webinaren zusammengetragen wurden, bietet **„Open Dialogues IUC-LAC“** umfassende Ratschläge dazu, wie städtische Zentren die neue Normalität künftig am besten bewältigen können.

Das Dokument zeigt die Lehren auf, die aus der Pandemie gezogen wurden, und spricht Empfehlungen zu den Prioritäten für die kommenden Jahre aus. –Dazu zählt unter anderem die Notwendigkeit, städtische Räume umzugestalten, verstärkt erneuerbare Ressourcen zu nutzen und Industriezweige neu auszurichten.

Thematisch geht es unter anderem um einen Neustart und neue Ansätze in der Tourismusbranche, die für viele Städte ein wichtiger Wirtschaftsmotor ist. Die Publikation befasst sich außerdem mit der Frage, ob die Pandemie letztlich zu einer grüneren Zukunft der Städte und einem neuen Konzept für mehr Klimaresilienz führen könnte.

http://iuc-la.eu/wp-content/uploads/2020/09/EN_Dialogos_abiertos.pdf

MEHR DAZU

<http://iuc-la.eu/en/>

Finanzinstrumente der Regionalpolitik bereit für die Herausforderungen der EU

Die fi-compass-Konferenz, die am 1. und 2. Dezember 2020 online abgehalten wurde, stand im Zeichen der Finanzinstrumente der Regionalpolitik. Der Veranstaltung im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds wohnten mehr als 500 Teilnehmende von Verwaltungsbehörden, nationalen und regionalen Regierungen, der Europäischen Kommission und der Europäischen Investmentbank, Finanzintermediäre aus dem privaten und öffentlichen Sektor und weitere Interessengruppen bei.

Das Grußwort der Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, zum Auftakt der Veranstaltung betonte die einzigartige Chance, die sich im bevorstehenden Programmplanungszeitraum durch die Kombination einer gestärkten Kohäsionspolitik mit den neuen Instrumenten im Rahmen von „Next Generation EU“ bietet, die Reformen und Investitionen in noch nie dagewesenem Ausmaß unterstützen wird.

Der EU-Haushalt wird in den kommenden Jahren um fast das Doppelte auf rund 1,8 Billionen EUR wachsen. Zugleich ist diese einzigartige Chance aber auch mit einer großen Verantwortung verbunden – nicht nur der Verantwortung, einen effektiven Wiederaufbau zu realisieren, sondern auch der Verantwortung, eine bessere Zukunft aufzubauen, kluge Investitionen in eine grünere, digitalere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft zu tätigen und zugleich dafür Sorge zu tragen, dass keine Region dabei auf der Strecke bleibt. Die Kommissarin mahnte zur Vorsicht und hob hervor, dass die den Mitgliedstaaten bereitgestellten finanziellen Ressourcen – ebenso wie

die bestehende Notwendigkeit zu Investitionen und Reformen – beispiellos sein werden und den erwarteten Umfang möglicherweise sogar überschreiten könnten. Wir benötigen daher eine starke Koordinierung zwischen allen EU-Finanzierungsquellen sowie weitere Finanzinstrumente.

Die Kommissarin verwies auf die neuen Verordnungen, die weitere Möglichkeiten und mehr Flexibilität bei den kohäsionspolitischen Finanzinstrumenten schaffen, sodass alle Interessengruppen von den Vorteilen profitieren können: Kosteneffizienz, Projektqualität, Hebelkraft und erfolgreiche Durchführung. Um darin erfolgreich zu sein, müssen wir beweisen, dass die Finanzinstrumente nicht dazu da sind, Banken oder Finanzinstitutionen zu unterstützen, sondern der Aufgabe dienen, Investitionen in die Realwirtschaft und in die Kohäsion zu stärken.

Diese Kernbotschaften wurden auch im Einführungsvortrag des stellvertretenden Generaldirektors der GD REGIO, Normunds Popen, bestätigt, der den Stellenwert der kohäsionspolitischen Finanzinstrumente unterstrich und dafür erfolgreiche Beispiele nannte. Ferner betonte er auch die Notwendigkeit, das Potenzial der Finanzinstrumente im Bereich der Stadtentwicklung auszuloten – eines der Schlüsselziele im neuen Programmzeitraum. Den Finanzinstrumenten kommt bei der Unterstützung von Investitionen in das städtische Umfeld eine wesentliche Rolle zu.

In einem weiteren Beitrag zur Veranstaltung brachte Liljana Pawlowa, die Vizepräsidentin der EIB, die Verpflichtung der Bank zum Ausdruck, ihre Unterstützung der Kohäsionspolitik in Form von Darlehen, Mandatsverwaltung und Beratungsaktivitäten weiter fortzusetzen und auszubauen.

Die Online-Konferenz wurde zum Teil im Modulformat durchgeführt, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu bieten, den für ihre spezifischen Interessen relevanten Sitzungen beizuwohnen. Finanzinstrumente wie Darlehen, Bürgschaften und

“*Hier und heute bestimmen wir den Kurs für das kommende Jahrzehnt, den Kurs für die neuen Kohäsionsprogramme, den Kurs für den Wiederaufbau, den Kurs in eine neue und grünere Zukunft. Wir müssen unseren Blick darauf richten, wie wir unseren Herausforderungen begegnen, Investitionen maximieren und stärkere, wettbewerbsfähigere Regionen schaffen können. Die Finanzinstrumente spielen dabei eine entscheidende Rolle – diese Konferenz könnte also zu keinem besseren Zeitpunkt kommen.*”

Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen



Eigenkapital- und eigenkapitalähnliche Finanzierungen werden auch im Programmplanungszeitraum 2021-2027 weiterhin ein wichtiger Umsetzungsmechanismus für regional- und stadtpolitische Ressourcen sein.

Die diesjährige Veranstaltung unter dem Titel „Finanzinstrumente der Regionalpolitik bereit für die Herausforderungen der EU“ behandelte verschiedene wichtige horizontale Themen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Finanzinstrumente:

- Eine Informationssitzung zur vorgeschlagenen neuen Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen und weiteren wichtigen Verordnungen. Die vorgeschlagene Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen sieht eine Reihe von Innovationen vor, die der Vereinfachung und Verbesserung von Synergien zwischen den unterschiedlichen politischen Instrumenten der EU dienen.
- Eine Sitzung mit Sachverständigen der GD ENER und GD REGIO betreffend die Finanzierung der EU-Renovierungswelle durch Finanzinstrumente in Verbindung mit Zuschüssen. Ein renovierter, verbesserter Gebäudebestand in der EU wird den Weg zu einem dekarbonisierten System der sauberen Energie frei machen. Die Renovierung von privaten und öffentlichen Gebäuden ist in diesem Zusammenhang entscheidend und wird im europäischen Grünen Deal als Schlüsselfaktor für mehr Energieeffizienz im Bausektor hervorgehoben. Finanzinstrumente in Verbindung mit Zuschüssen sind von grundlegender Bedeutung, um die erforderlichen Finanzmittel für Mitgliedstaaten zu mobilisieren.
- Die GD REGIO und die EIB stellten verschiedene Vorschläge dazu vor, wie Mitgliedstaaten Programme formulieren können, die Finanzinstrumente angemessen berücksichtigen.
- Am zweiten Tag fand eine Sitzung im Zeichen des InvestEU-Programms statt. Eine Reihe von Vorträgen sowie eine Podiumsdiskussion lieferten Informationen über den Stand der Dinge im Hinblick auf die Mitgliedstaaten-Komponente von InvestEU; die Produkte und politischen Prioritäten im Rahmen der Politikbereiche KMU und RID (die GD GROW und die GD RTD stellten diesbezüglich die jüngsten Entwicklungen vor); den Spielraum zur Abgrenzung zwischen den Mitgliedstaaten- und EU-Komponenten; sowie die Haltung der beiden Mitgliedstaaten Polen und Finnland in Bezug auf die Einrichtung einer MS-Komponente.
- Parallelsitzungen thematisierten die Finanzinstrumente für Schlüsselsektoren, die im Mehrjährigen Finanzrahmen vorgesehen sind: KMU-Finanzierung und Energieeffizienz



Auch hier zeigte sich erneut, wie groß das Interesse an den Finanzinstrumenten der ESI-Fonds ist und wie stark die Interessengruppen an diesem Thema interessiert sind.

Die Europäische Kommission (GD REGIO, GD AGRI, GD EMPL und GD MARE) hat in Partnerschaft mit der EIB die Plattform fi-compass eingerichtet, um Beratungsdienste zu Finanzinstrumenten im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds anzubieten. fi-compass soll Verwaltungsbehörden der ESI-Fonds und andere Interessengruppen unterstützen, indem sie praktisches Fachwissen und Lerninstrumente bereitstellt, u. a. in Form von Schulungsseminaren vor Ort und anderen Veranstaltungen mit zahlreichen Vernetzungsmöglichkeiten.

Die Vorträge der Veranstaltung stehen auf [fi-compass](https://www.fi-compass.eu) zur Verfügung. Bei Fragen zu den Veranstaltungsvorträgen, der neuen vorgeschlagenen Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen oder dem Programm InvestEU schreiben Sie bitte an: REGIO-B3-FINANCIAL-INSTRUMENTS@ec.europa.eu



MEHR DAZU

<https://www.fi-compass.eu/video/combo>

<https://www.fi-compass.eu/video/energy-efficiency-housing>

<https://www.fi-compass.eu/video/energy-efficiency-housing>

18. EUROPÄISCHE WOCHEN der REGIONEN und STÄDTE



Jährliche Vorzeigeveranstaltung für Städte und Regionen erreicht online neue Höhen

Trotz der vielen Ungewissheiten durch die COVID-19-Pandemie stellte auch die 18. Europäische Woche der Regionen und Städte wieder neue Teilnehmerrekorde auf. Die diesjährige Online-Ausgabe zählte gut 12 000 Teilnehmende und rund 500 virtuelle Sitzungen sowie eine virtuelle Ausstellung.

Die Veranstaltung, die sich über drei Wochen je einem thematischen Block widmete, fand unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ statt.

Die erste Woche galt der **Befähigung der Bürgerinnen und Bürger** und umfasste Arbeitssitzungen zu vielen verschiedenen Themen wie u. a. E-Demokratie, gemeinsame Wertschöpfung im öffentlichen Sektor und Unternehmertum.

Die zweite Woche, die sich mit **Kohäsion und Zusammenarbeit** beschäftigte, umfasste die höchste Anzahl an Arbeitssitzungen sowie alle politischen Höhepunkte.

Die dritte Woche, in der ein **„Grünes Europa“** im Mittelpunkt stand, wurde mit der Eröffnung der Grünen Woche der EU eingeläutet, die von der GD Umwelt organisiert wurde. Das Programm widmete sich dem Thema „Grünes Europa“ in diversen Arbeitssitzungen zu Aspekten wie der Umsetzung des Grünen Deals vor Ort, der Energieeffizienz und der biologischen Vielfalt.

In diesem Jahr gab es eine Neuerung: die Plattform **Live&Replay**, die Aufzeichnungen aller Sitzungen bot, um noch mehr Menschen die Teilnahme an der Veranstaltung zu ermöglichen.



Margaritis Schinas, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, war in der ersten Folge der Kurzdokumentation „Together, we have built Europe“ als Hauptrednerin zu sehen.

Die Veranstaltung begann mit der Kurzdokumentation „Together, we have built Europe“. In sieben Folgen präsentierte diese Reihe die Entwicklung der EU, die Entstehung der Kohäsionspolitik und ihre Bedeutung für den Aufbau der Union. Nach jeder Übertragung wurde die gezeigte Folge von einer ehemaligen Vertretungsperson der EU und einem jungen Menschen aus der EU online besprochen.



THE EUROPEAN AWARDS FOR INNOVATIVE PROJECTS



ESA BIC

TAKE THE COOL
FOOD CHALLENGE

E-SCHOOLS



SHICC

ENERGY
@SCHOOLTIME IS NOW
FOR CHANGE

RegioStars 2020: Preisverleihung

Bürgerdialog

„Inspirierend“, „aufschlussreich“, „bereichernd“ – mit diesen Worten beschrieben die jungen Teilnehmenden des Bürgerdialogs die Sitzung, die am 12. Oktober 2020 stattfand. Eine generationsübergreifende Diskussion zwischen jungen Menschen und der Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, ging darauf ein, wie die Kohäsionspolitik sich auf die jüngere Generation auswirkt.

Verleihung der REGIOSTARS Awards

Seit 2008 werden die besten Projekte im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik jährlich von einer unabhängigen Jury für die REGIOSTARS Awards nominiert. Die diesjährigen Preise wurden in den folgenden Kategorien verliehen: Intelligentes Wachstum: „Industrieller Wandel für ein intelligentes Europa“, Nachhaltiges Wachstum: „Kreislaufwirtschaft für ein grünes Europa“, Integratives Wachstum: „Kompetenzen und Bildung für ein digitales Europa“, Stadtentwicklung: „Engagement der Bürger/innen für den Zusammenhalt in europäischen Städten“ sowie das Thema des Jahres, „Jugendförderung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – 30 Jahre Interreg“. Zusätzlich durfte das Publikum beim Publikumspreis selbst ebenfalls einen Sieger küren.

Bei der Preisverleihung 2020 gab es mit angetretenen 206 Projekten mehr Bewerber als je zuvor – ein Zeugnis für „den wachsenden Wert dieses Wettbewerbs, der die bewährten Verfahren der EU-Kohäsionspolitik ins Rampenlicht rückt und engagierte Projektbegünstigte für ihre hervorragende Umsetzung der EU-Finanzierung vor Ort auszeichnet“, wie Kommissarin Ferreira sagte.

Der Sieger in der Kategorie „Intelligentes Wachstum“, der vom Kommissar für Wirtschaft, Paolo Gentiloni, bekannt gegeben wurde, war das Projekt „ESA-BIC“ aus der Region Centro in Portugal. Der Preis für „Nachhaltiges Wachstum“ wurde vom Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, Virginius Sinke-



Elisa Ferreira (vorne links) nahm am Bürgerdialog mit jungen Journalismusstudierenden und Teilnehmenden des Programms „At the School of Open Cohesion“ teil.

vičius vergeben und ging an „Take the Cool Food Challenge“ vom Programm Interreg Frankreich (Ärmelkanal). In der Kategorie „Integratives Wachstum“ wurde „E-SCHOOLS“ in Kroatien vom Kommissar für Beschäftigung und Soziale Rechte, Nicolas Schmit, als Sieger ausgezeichnet. Als Preisträger der Kategorie „Stadtentwicklung“ gab die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, das Projekt „SHICC – Sustainable Housing for Inclusive and Cohesive Cities“ bekannt, das vom Programm Interreg Nordwesteuropa finanziert wurde. Der Preisträger für das Thema des Jahres „30 Jahre Interreg“, der von Mariya Gabriel, der Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend bekannt gegeben wurde, war „ENERGY@SCHOOL“, das von Interreg Zentraleuropa finanziert wurde. Zum Abschluss gab der Hauptsprecher der Europäischen Kommission, Eric Mamer, den mit 8 300 Stimmen gekürten Sieger des Publikumspreises bekannt: „Time is now for change“ vom Programm Interreg Litauen-Polen.



Anastasia Lopez (Österreich) und Francisco Sezinando (Portugal) bei der Entgegennahme des Megalizzi-Niedzielski-Preises für aufstrebende Journalistinnen und Journalisten

Das Medienprogramm

Trotz der Pandemie hatten sich mehrere Journalistinnen und Journalisten die Mühe gemacht, der Verleihung in Brüssel persönlich beizuwohnen. Insgesamt wurde in 733 Medienbeiträgen innerhalb und außerhalb der EU über die Veranstaltung berichtet.

Zum zweiten Mal nach dem tragischen Tod von Antonio Megalizzi und Bartosz Pedro Orent-Niedzielski in Straßburg fand außerdem die Verleihung des nach den beiden benannten Preises statt, der dieses Jahr an zwei der hoffnungsvollsten journalistischen Nachwuchstalente Europas ging. Die Kommissarin für Kohäsion und Reformen, Elisa Ferreira, verkündete die Gewinner des Megalizzi-Niedzielski-Preises 2020: Anastasia Lopez aus Österreich und Francisco Sezinando aus Portugal, die auf ihrem bisherigen journalistischen Werdegang bereits Großartiges geleistet haben.

Live&Replay

Die diesjährige 18. Europäische Woche der Regionen und Städte war zugleich auch der Startschuss für die [Plattform Live&Replay](#), über die alle Teilnehmenden und Interessierten nach wie vor die Aufzeichnungen aller Sitzungen aufrufen können. Die Plattform wird ein Jahr zugänglich sein. ■

Wir beginnen nun mit den Vorbereitungen für die nächste Ausgabe dieser jährlichen Veranstaltung, die vom 11. bis zum 14. Oktober 2021 (Datum vormerken!) stattfinden wird. Dank der Rückmeldung der Teilnehmenden stehen die vier Themen für die Ausgabe 2021 nun fest: Grün, Kohäsion, Bürgerinnen und Bürger sowie Digitales. **Wir freuen uns darauf, Sie alle im nächsten Jahr wieder begrüßen zu dürfen!**

MEDIENPROGRAMM YOUTH4REGIONS

Hier wird ein weiterer Artikel des YOUTH4REGIONS Blogging-Wettbewerbs für junge Journalistinnen und Journalisten vorgestellt.

Das Medienprogramm Youth4Regions unterstützt die Entwicklung des journalistischen Nachwuchses im Bereich der Regionalpolitik. Es ermutigt die jungen Europäerinnen und Europäer dazu, über EU-finanzierte Projekte zu kommunizieren.



Im Mittelpunkt stehen Europas Menschen

Oktober 2020: Das war für mich ein atemloser Monat, in dem ich unentwegt zwischen Uniaufgaben, freien Projekten, hektischen Sitzungen am Bildschirm und einsamen Strandspaziergängen rotierte.

Auf globaler Ebene überrollte das Virus die Welt – nicht so langsam, dafür aber umso sicherer – von Neuem, ohne Unterschiede zu machen. Trotzdem schaffte ich es bis nach Brüssel und in das „Youth4Regions“-Medienprogramm 2020. Mehr als 20 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten aus ganz Europa und weiteren Ländern durften dabei als Pressemitglieder über die 18. Europäische Woche der Regionen und Städte berichten.

Ich könnte nun von den Lernergebnissen aus dieser Erfahrung erzählen. Oder vom anspornenden Gefühl, direkt von den Medien, die ich selbst täglich konsumiere, Informationen aus erster Hand über die Zukunft des europäischen Journalismus zu erhalten. Oder auch von dem aufregenden Erlebnis, in den mobilen Journalismus einzutauchen und mich mal außerhalb meines journalistischen Wohlfühlbereichs zu wagen.



Marta ist eine europäische und italienische Digitaljournalistin, die über soziale Fragen, Menschenrechte und die Umwelt berichtet. Sie studiert derzeit im Rahmen des „Mundus Journalism“-Programms mit Spezialisierung auf Krieg und Konflikt in Dänemark und dem Vereinigten Königreich. Vom Youth4Regions-Programm erfuhr sie ursprünglich ganz einfach durch Mundpropaganda und fand es eine tolle Gelegenheit, um den Journalismus und die europäische Identität auszuloten.

Ich könnte davon erzählen, wie es war, mich mitten im Epizentrum der Entscheidungsmechanik wiederzufinden, in der ich schon arbeiten wollte, lange bevor ich zum Journalismus fand. Oder davon, wie ich durch meine Zeit hier – in der ich erlebte, mit welcher Offenheit hochrangige Politikerinnen und Politiker Jugendvertreterinnen und -vertreter aktiv zuhören und mit welcher Bescheidenheit der Vorschlag einer Allianz, die Europa grüner, digitaler und geschlossener machen soll, an Medienschaffende herangetragen wurde – in meiner Hoffnung und meinem bisherigen Engagement für europaweite Solidarität bestärkt wurde.





Kommissarin Elisa Ferreira mit den beiden mit dem Preis bedachten Personen (links von ihr), Kommissionsbediensteten und weiteren Finalteilnehmenden des Megalizzi-Niedzielski-Preises für aufstrebende Journalistinnen und Journalisten.

Ich könnte davon erzählen, wie überraschend die Nominierung für den Megalizzi-Niedzielski-Preis war oder wie seltsam es sich anfühlte, auf einer Bühne zu sitzen und für meine Arbeit gelobt zu werden, wo ich es doch gewohnt bin, hinter den Kulissen zu agieren, und eigentlich eher bescheiden bin.

Doch stattdessen sollen die Menschen im Zentrum stehen. In „Corona-Zeiten“ neue Leute außerhalb des eigenen Kreises kennenzulernen, ist eine äußerst bereichernde Erfahrung. Auf allen Wegen in und um die EU-Gebäude war ich nun (unter Einhaltung der Abstandsregeln) nicht mehr einsam unterwegs – und das, obwohl hier natürlich weit und breit kein Strand zu sehen war! Doch was diese zwischenmenschlichen Verbindungen besonders wertvoll macht, ist das einzigartige Wesen der Teilnehmenden. Talentierte, engagiert und offen. Sie haben so viele unterschiedliche kulturelle, akademische und fachliche Hintergründe – und doch dasselbe Ziel: sie alle möchten zu einem guten Journalismus beitragen, der Populismus und Falschinformationen entgegenwirkt und stattdessen Fakten, Lösungen und Hoffnung bietet. Ich bin es zwar gewohnt, mich in einem internationalen Umfeld zu bewegen. Doch es erstaunt mich immer wieder, was zustande kommen kann, wenn eine bunt gemischte Gruppe (die in diesem Fall vielleicht sogar noch ein bisschen zu „weiß“ war) in einem Raum zusammenfindet.

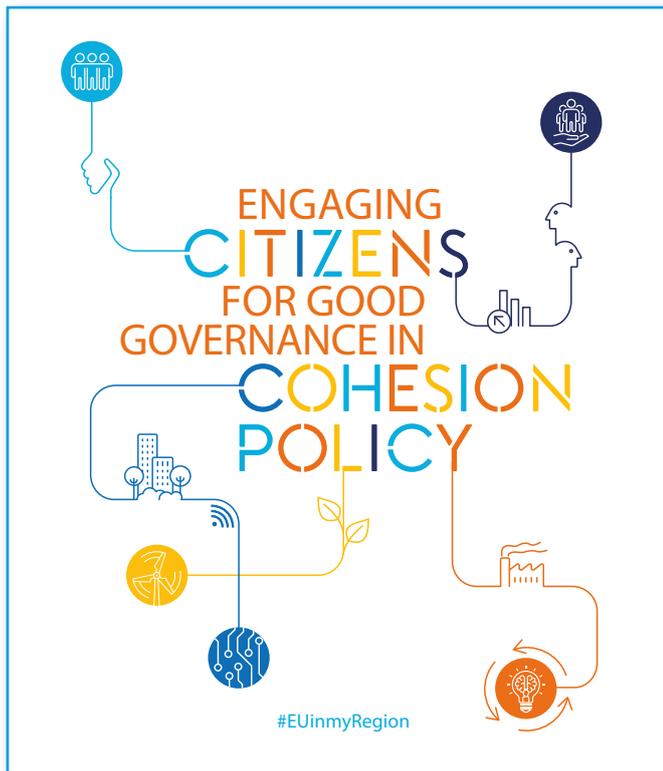
In unserer Gruppe, in der von Jugendlichen bis zu Leuten Ende Zwanzig jedes Alter vertreten war, hatten wir Gelegenheit, uns über unsere beruflichen und persönlichen Erfahrungen, Weltanschauungen und die Bedeutung der EU für unsere Heimatregionen auszutauschen. Was mir aber am meisten auffiel, war der riesige Wille zur gegenseitigen Unterstützung – ob es nun darum ging, einen Text Korrektur zu lesen oder bei Dreharbeiten zu einem Interview zu helfen, „damit du dich auf die Fragen konzentrieren kannst“.

Das ist zugleich eine Metapher, eine Art „Metarepräsentation“ des europäischen Traumes. Die Zusammenarbeit trotz und dank unserer Unterschiede.

Ich trat meine Heimreise mit dem Wunsch an, wieder hierher zurückzukehren; mit dem Verlangen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Menschen, die mir in weniger als einer Woche bereits zum vertrauten Anblick wurden, weiter voranzubringen; und mit der Gewissheit, dass die EU, die es schaffte, uns selbst in einer so verrückten Zeit als Menschen einander näher kommen und zusammenwachsen zu lassen, auch noch viel größeren Herausforderungen gewachsen ist. Die EU geht über die Institution und das gemeinsame Werteverständnis hinaus – sie besteht für und aus Menschen wie du und ich. Und das ist letztendlich das, was wirklich zählt. ■

Marta Silvia Viganò
Absolventin des *Youth4Regions-Programms* für aufstrebende Journalistinnen und Journalisten

Kohäsionspolitik: Enge Zusammenarbeit für und mit den Menschen



Seit ihrer Geburtsstunde dient die Kohäsionspolitik der EU den Menschen und stellt durch Zusammenarbeit als Grundpfeiler ihres Wirkens sicher, dass Entscheidungen in möglichst enger Abstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden.

Die Kohäsionspolitik trägt wesentlich dazu bei, bestehende Ungleichheiten in Bezug auf Chancen, gebietspezifische Unterschiede und Lebensbedingungen abzubauen. Sie tätigt Investitionen für eine dynamischere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft, die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, den Zugang junger Menschen zu einer guten

allgemeinen und beruflichen Bildung, mehr Mobilität und Zugänglichkeit, den Schutz der Umwelt und bessere Lebensbedingungen in unseren Städten und Gemeinden. Von daher ist sie auch die Politik, die alle Bürgerinnen und Bürger der EU am unmittelbarsten betrifft.

Die Kohäsionspolitik kann bereits auf viele gute Beispiele für die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, lokalen Gemeinschaften und der Zivilgesellschaft zurückblicken. So konnten die von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Maßnahmen zur lokalen Entwicklung, die integrierten territorialen Investitionen in Städte, die innovativen Maßnahmen für nachhaltige Stadtentwicklung und das Interreg-Programm für grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereits zeigen, welche Relevanz Investitionen in die Entwicklung vor Ort für die Interessen und Wünsche der Menschen haben, die letztlich davon profitieren.

Auf breiterer Ebene testen die makroregionalen Strategien und die Partnerschaften im Rahmen der EU-Städteagenda erfolgreich neue Wege der partizipativen Politikgestaltung aus.

Auch Innovation ist eine starke Triebfeder für das partizipative Konzept. Das offene Datenportal der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, das ihre Umsetzung und Ergebnisse nachvollziehbar macht, hat die Kohäsionspolitik zur transparentesten Investitionspolitik unserer Zeit gemacht. Die Nutzung offener Daten hat den Weg zu Initiativen für die Kontrolle durch die Zivilgesellschaft geebnet.

Durch die sogenannten Integritätspakte können Organisationen der Zivilgesellschaft sicherstellen, dass die öffentlichen Investitionen in EU-finanzierte Projekte seriös und zuverlässig sind. Das erhöht das Vertrauen in das öffentliche Auftragswesen und die Qualität der daraus hervorgehenden Ergebnisse. Ähnlich trug die Pilotinitiative „At the School of Open Cohesion“ dazu bei, Schülerinnen und Schüler zur aktiven Teilnahme zu bewegen, um sich zu vergewissern, dass die in ihrer Heimatstadt oder ihrer Heimatregion durchgeführten Projekte auch tatsächlich die beabsichtigten Ergebnisse erzielen. Im Programmplanungszeitraum 2021-2027 wird die Beteiligung der Menschen durch einen besseren Informationszugang erleichtert werden.



Eine stärkere Verbindung

Die aufrichtige und sinnvolle Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Kohäsionspolitik stellt einen Paradigmenwandel dar. Öffentliche Einrichtungen, die sich für Bürgerbeteiligung öffnen, haben nichts zu befürchten. Ganz im Gegenteil, denn von einer neuen, gestärkten Beziehung mit denjenigen, denen gegenüber sie verantwortlich sind, können sie nur profitieren.

Die Bürgerinnen und Bürger wiederum werden aus ihrer Teilnahme an wichtigen ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen bezüglich ihrer Zukunft selbstbestimmter und verantwortungsvoller hervorgehen. Ein Zusammenwirken, von dem beide Seiten profitieren und das eine bessere Regierungsführung ermöglicht – nämlich durch eine vertrauenswürdige Verwaltung, die proaktiv Chancen für die Beteiligung von Interessengruppen, mehr Kapazitätsaufbau und Lernmaßnahmen sowie einen stärkeren sozialen Zusammenhalt auf der Basis aktiver Einbeziehung schafft.

Deshalb richtete Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen auf einer hochrangigen Konferenz im Februar dieses Jahres eine klare Botschaft an alle Mitgliedstaaten und Regionen: „Es ist nun an der Zeit, die Kohäsionspolitik gemeinsam mit den Menschen zu gestalten.“ Diese Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Wir haben in diesem Zuge durch die Förderung mehrerer inzwischen angelaufener Initiativen einen Schritt nach vorne getan. So sollen Verwaltungsbehörden und Organisationen der Zivilgesellschaft darin unterstützt und inspiriert werden, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Begünstigte, sondern auch als beteiligte, problemlösende und entscheidungstragende Verbündete einzubeziehen.

Ko-Kreation kann aber nur dann Wirkung entfalten, wenn sie kontinuierlich gepflegt wird und zur Norm wird. Die Möglichkeit zur Mitgestaltung einer ganzen Region ist zugleich ein Vorteil und eine große Verantwortung – und sollte sich für die Bürgerinnen und Bürger als nützlich erweisen.

Eine Investition in unsere Zukunft

In den nächsten Jahren steht viel auf dem Spiel. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Investitionen der EU aus dem neuen langfristigen EU-Haushalt und „Next Generation EU“ den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nach der

Coronavirus-Pandemie unterstützen und den grünen und digitalen Wandel realisieren. Sie werden dazu beitragen, eine widerstandsfähigere Gesellschaft aufzubauen, die sich auf Solidarität und gemeinsame Ziele stützt.

Damit dabei niemand auf der Strecke bleibt, muss der Fonds für einen gerechten Übergang nicht nur auf einer echten und effektiven Zusammenarbeit mit den wirtschaftlichen Kräften der betroffenen Regionen fußen – es müssen auch die Menschen vor Ort überzeugt werden, insbesondere die jungen Generationen, die schließlich die Früchte dieser Arbeit ernten werden.

Als gesamteuropäische Veranstaltung im Zeichen der partizipativen und deliberativen Demokratie wird die Konferenz zur Zukunft Europas deutlich davon profitieren, die Erfahrungen der Kohäsionspolitik und der daran Teilhabenden einzubeziehen, und zugleich die Kohäsionspolitik durch die Förderung der Bürgerbeteiligung bereichern. Die enge Zusammenarbeit zwischen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, Regionen und Gemeinden stellt den logischen Rahmen für die bevorstehende Diskussion dar.

Beispielhaftes Handeln, die Belebung der Debatte, der Austausch von Erfahrungswerten und die Hervorhebung der Vorteile, die in der Zusammenarbeit mit den Menschen liegen, werden dabei der wertvollste Beitrag zu den Zielen der Konferenz sein. Die Kohäsionspolitik bietet eine umfassende Plattform, um die Bürgerinnen und Bürger der EU beim Aufbau der nötigen Kapazitäten und der Entwicklung von Instrumenten für öffentliche Investitionen für Europas Zukunft einzubinden. ■

MEHR DAZU

https://ec.europa.eu/regional_policy/de/conferences/citizens_good_governance



Umweltfreundliches Verhalten ist bereits auf dem Vormarsch. Also, worauf warten Sie noch?

Fünfzehn junge Influencerinnen und Influencer machten sich auf den Weg, um die Menschen hinter einigen bahnbrechenden grünen Regionalprojekten zu treffen und junge Leute in Europa darauf aufmerksam zu machen, wie die EU bei der Bekämpfung der Klimakrise eine führende Rolle einnimmt.

Ihre Reisen erfolgten von Oktober bis Dezember 2020 im Rahmen der „Green Trip“-Kampagne, die von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde. Sie diente dem Ziel, jungen Europäerinnen und Europäern die europäische Umweltpolitik auf spannendem Wege vorzustellen und den Grünen Deal in einer unbeschweren und ansprechenden Weise zu kommunizieren. Im Vordergrund standen dabei persönliche Begegnungen mit den Menschen, die an laufenden Projekten zur Förderung einer CO₂-armen Wirtschaft und zur Bekämpfung des Klimawandels entweder selbst beteiligt sind oder davon profitieren.

Die „Green Trip“-Kampagne fand unter dem kreativen Motto „Ding Dong! Bereit für die Green Challenge?“ statt und richtete sich an junge Europäerinnen und Europäer im Alter von 16 bis

24 Jahren in fünf Ländern: Belgien, Deutschland, Griechenland, Litauen und Portugal. In jedem Land waren jeweils drei der Influencerinnen und Influencer – entweder virtuell oder physisch – auf Themenrouten in ihrer Heimatregion unterwegs.

Mikro-Influencerinnen und -Influencer erzählen ihre Geschichte

In Anbetracht der Zielgruppe, der Generation Z, wurde die Influencer-Kommunikation über die sozialen Medien als wirksamste Möglichkeit identifiziert, um die Ziele der Kampagne zu erreichen. Authentizität spielt dabei eine wichtige Rolle. Daher begannen die ausgewählten Influencerinnen und Influencer ihrer Region vor ihrer Reise, bei ihren Anhängern in den sozialen Medien für einen nachhaltigen Lebensstil zu werben.

Sie alle haben jeweils rund 50 000 Anhänger und gelten als sogenannte Mikro-Influencer. Diese haben für gewöhnlich eine höhere Engagement-Rate, eine stärkere gegenseitige Vertrauensbasis und mehr Glaubwürdigkeit gegenüber ihren Anhängern und wurden aufgrund ihres erzählerischen Talents ausgewählt, denn eine gute Geschichte ist für eine erfolgreiche Kommunikation ausschlaggebend.



Die Reiserouten

Ding-Dong – diesen Klang hört man beim Klingeln an einer Türe, und genau das taten die Influencer auf ihrer #DingDongEU-Reise. Sie schauten bei verschiedenen inspirierenden Projekten vorbei und sprachen mit Menschen, die den grünen Wandel in den Bereichen Mobilität, Ernährung, Wohnen, Naturschutz und Produktionsketten voranbringen. Die Themen basierten auf den wichtigsten Politikbereichen des europäischen Grünen Deals und wurden in umsetzbare, greifbare Konzepte für junge Bürgerinnen und Bürger der EU übersetzt.



Insgesamt wurden über 70 Initiativen besucht. In atemberaubenden Nationalparks konnten die Influencerinnen und Influencer einen Eindruck von der Arbeit zum Schutz der Ökosystemdienstleistungen vermitteln, welche die biologische Vielfalt erhalten und Städte vor Hochwasser schützen. Sie trafen sich außerdem mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich für nachhaltige, faire Mode einsetzen, und anderen, die durch Upcycling diversen ausrangierten Gegenständen ein neues Leben schenken.

Im Bereich Lebensmittelerzeugung, Verbrauch und Abfall besuchten die Influencerinnen und Influencer mehrere innovative Einrichtungen für urbane Landwirtschaft, ein Forschungszentrum, das pflanzlich basierte Fleischersatzprodukte entwickelt, sowie ein Zentrum für Lebensmittelumverteilung, das die Lebensmittelverschwendung bekämpfen will.

“ Ich fühle mich ganz neu inspiriert und voller positiver Energie durch die Begegnungen mit all den fantastischen Leuten hinter diesen grünen Projekten. ”

Laurafromthedesert



 A profile card for Laura. It features a photo of her, a map of Belgium, the 'DING DONG' logo, and her name and social media handle.

DING DONG

BELGIUM

LAURA

@laurafromthedesert



DING DONG



GREECE

AGGELOS

@angelo_stavr

“ Ich habe auf dieser Reise unendlich viel darüber gelernt, wie wir die Umwelt schützen können, und noch so viele andere neue Dinge gelernt, von denen ich sonst nie gewusst hätte. ”

Angelo_stavr

Ebenso wichtig: Viele Projekte bewiesen dabei zudem, dass die Entwicklung umweltfreundlicher Alternativen auch sozial integrativ sein kann.

Um das Publikum für die Themen zu begeistern und eine positive Haltung zu fördern, fand zum Abschluss jeder Reise eine „Big Green Challenge“ statt, die sich an dem jeweils letzten EU-finanzierten Projekt und dem Motto der Reise orientierte. Die Influencerinnen und Influencer nahmen unterwegs außerdem mehrere kleine Herausforderung ihrer Anhängerinnen und Anhänger an, wie zum Beispiel die Erfindung eines eigenen Rezepts mit Essensresten aus dem Kühlschrank oder auch das Aufsammeln von Abfall in einem Park. Die Ergebnisse wurden auf Instagram veröffentlicht. Die erste portugiesische Influencerin, Catarina, musste sich der Herausforderung stellen, selbst eine Kompoststation zu basteln – innerhalb weniger Stunden hatte ihr Video bereits fast 10000 Klicks.





Was folgt als Nächstes? Jetzt sind Sie dran!

Die Reisen sind nun abgeschlossen. Doch die Kampagne wird den Einsatz der EU für einen grüneren Kontinent auch weiterhin unterstreichen und dazu die Erfahrungen der Influencerinnen und Influencer in den sozialen Medien neu aufgreifen. Die Herausforderungen, denen sich die europäischen Projekte stellen, wie auch die Influencerinnen und Influencer und ihre Anhängerschaft haben gezeigt: jeder und jede einzelne kann einen Beitrag zu einer nachhaltigeren Zukunft leisten. Mit dem Hashtag #DingDongEU können Sie auf Instagram also sich selbst, Ihre Freunde, Verwandten und die ganze Welt dazu herausfordern, sich umweltfreundliche Gewohnheiten anzueignen.

Der Wandel beginnt jetzt: Wie kann Weihnachten nachhaltiger gestaltet werden? Und welche Vorsätze haben Sie für das neue grüne Jahr? ■

MEHR DAZU

[@EUinmyregion](https://dingdong-challenge.campaign.europa.eu/de)

Haftungsausschluss: Die Reisen der Influencerinnen und Influencer fanden von Ende Oktober bis Anfang Dezember 2020 statt. Durch die COVID-19-Pandemie war es vielen von ihnen leider nicht möglich, ihre grüne Reise physisch anzutreten. Die gesundheitliche Lage wurde über die gesamte Kampagne hinweg genau beobachtet und die Reisen nötigenfalls umgehend auf das digitale Format umgestellt.

PROJEKTE

PARTNERSCHAFTEN FÜR GESUNDHEITS- UND SOZIALINNOVATIONEN IN DÄNEMARK

**GESAMTINVESTITION
4 832 215 EUR**

**BEITRAG DER EU
2 416 110 EUR**

Das Programm für Gesundheitstechnologiedienste in der dänischen Region Nordjütland bringt private und öffentliche Organisationen zusammen, um neue Produkte und Dienstleistungen für das Gesundheits- und Sozialwesen zu entwickeln. Ziel ist es, die Patientenversorgung zu verbessern und Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen zu entlasten.

Unternehmen und Wissensinstitutionen werden einander über das Programm vermittelt, um Lösungen zu entwickeln, die den Bedürfnissen von Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen Rechnung tragen und marktfähig sind. Bisher sind aus der Initiative bereits 28 Projekte hervorgegangen, die diverse Innovationen entwickeln, angefangen von Technologien zur Verbesserung der Versorgungserfahrung der Patientinnen und Patienten bis hin zu arbeitssparender Krankenhausausrüstung.

Das Programm wird von Life Science Innovation North Denmark verwaltet. Diese Aalborger Partnerschaft zwischen der Region Nordjütland und diversen Gemeinden, Unternehmen sowie dänischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen dient dem Ziel, Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Entwicklung von Unternehmen zu stärken.

Potenzielle Kooperationspartner kommen in offenen Workshops zusammen, um sich über Bedürfnisse, Ideen und Ergebnisse auszutauschen. Öffentliche und private Organisationen, die einander zugeordnet wurden, tragen ihre Ideen für Technologien oder Dienstleistungen für das Gesundheits- und Sozialwesen an das Programm heran, das den Finanzierungsbedarf dafür dann entsprechend den örtlichen Bedürfnissen und dem Marktpotenzial der vorgeschlagenen Innovation prüfen wird. Dann entwickeln, testen und implementieren die Projekte ihre Lösungen.

Neue Produkte für den Markt

Derzeit arbeiten rund 60 Unternehmen über das Programm für Gesundheitstechnologiedienste zusammen, davon 32, die gefördert werden, um neue Produkte für den Markt zu entwickeln.

Dazu zählen ein System, das der Ärzteschaft die Bestimmung der richtigen Antibiotikatherapie für Betroffene nahelegt; eine digitale Plattform, die Abbildungen von Hautoberflächen analysieren kann; ein System zur sicheren Aufbewahrung von Patienteneigentum; sowie eine robotergestützte Technologie, die bei Ultraschalluntersuchungen die größte Arbeit übernimmt.

Besonders hervorzuheben ist unter anderem ein digitales Tagebuchsystem, das Parkinson-Erkrankten und ihren Pflegepersonen das Therapiemanagement erleichtert. Es umfasst eine App, in der Betroffene ihre Symptome und Medikamenteneinnahmen vermerken können, sowie eine digitale Uhr, die ihre Aktivitäten und ihr Schlafverhalten aufzeichnet. Zusammen stellen diese Innovationen Angehörigen der Gesundheitsberufe umfassende Informationen bereit, um Behandlungspläne zu optimieren.

Das Programm, das noch bis 2021 läuft, hat durch die bisher 12 abgeschlossenen Projekten nicht nur mehrere Innovationen zur besseren Versorgung ermöglicht, sondern zudem 15 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die teilnehmenden Unternehmen haben mehr Mittel für Innovationen in der Gesundheitstechnologie eingesetzt, ihren Umsatz gesteigert und neue Exportmöglichkeiten erschlossen. ■

MEHR DAZU

<http://www.lifescienceinnovation.dk/>

PROJEKTE

MARKT VERTEILT UNVERKAUFTE ERZEUGNISSE AN GEFÄHRDETE GRUPPEN UM

**GESAMTINVESTITION
551 779 EUR**

**BEITRAG DER EU
469 012 EUR**

Ein Lebensmittelmarkt in der zweitgrößten Stadt Griechenlands hat ein System zur Umverteilung von frischem Obst und Gemüse entwickelt, das sonst verkommen würde. Die Ausgabe der Lebensmittel erfolgt an gefährdete soziale Gruppen und Einzelpersonen, die unter der Armutsgrenze leben.

Ein hoher Anteil von Obst und Gemüse, das unbedenklich verzehrbar und nährstoffreich ist, lässt sich manchmal schwer verkaufen, nur weil es für manche vielleicht weniger attraktiv aussieht. Für Marktleute, die Frischware verkaufen, kann das besonders problematisch sein.

Der Hauptmarkt von Thessaloniki erkannte eine Möglichkeit, um solche unverkauften Erzeugnisse umzuverteilen. Gemeinsam mit verschiedenen Partnern, wie der bulgarischen Gemeinde Borino, wurde deshalb das grenzübergreifende Projekt „Social Plate“ ins Leben gerufen.

Im Zeitraum zwischen April 2018 und Januar 2020 erhielt das Projekt von den Marktleuten 470 Tonnen Obst und Gemüse. Unter der Aufsicht einer qualitätsbeauftragten Person wurde die Ware in verzehrbare und nicht für den Verzehr geeignete Erzeugnisse sortiert. Von der eingegangenen Ware konnten 324 Tonnen wiedergewonnen und an Bedürftige verteilt werden.

Die Nahrungsmittel wurden von Freiwilligen neu verpackt und zur Umverteilung an örtliche Sozialeinrichtungen gesendet. Dort wurden sie dann als Frischware oder in zubereiteter Form an gefährdete Gruppen wie Obdachlose, Arbeitslose und

Flüchtlinge ausgegeben. Insgesamt beteiligten sich siebenzig Organisationen an der Umverteilung, darunter Nichtregierungsorganisationen, gemeinschaftlich betriebene Lebensmittelmärkte, Lebensmittelbanken und Kirchenküchen.

Das Projekt setzte sich außerdem dafür ein, einen besseren Umgang mit Lebensmitteln sowie das Recycling von Verpackungen zu fördern. Des Weiteren wurden Schulungsmaßnahmen für 30 junge Beschäftigte von Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt.

Neue soziale Unternehmen

Eine Person aus der Projektkoordination wurde mit der Beaufsichtigung der Aktivitäten beauftragt und zwei junge Freiwillige nahmen im Rahmen des Programms Interreg Volunteer Youth teil. Für die Aktion wurde in ganz Thessaloniki sowie in der umliegenden Region und in Bulgarien geworben, um die Öffentlichkeit zur Mitwirkung bei der Reduzierung von Lebensmittelverschwendung zu animieren.

Der Finanzierungszeitraum endete im Dezember 2019, doch das Vermächtnis des Projekts lebt weiter: In Griechenland wurde ein gemeinnütziges Sozialunternehmen gegründet, das die Arbeit fortsetzen soll. Auf der anderen Seite der Grenze in Bulgarien hofft man darauf, dass das Unternehmen als Franchise angeboten wird, damit das Erfolgskonzept von Social Plate auch dort umgesetzt werden kann. ■

MEHR DAZU

<https://www.socialplate.eu/>

PROJEKTE

INFORMATION ALS TRIEBKRAFT FÜR DEN ENERGIEWANDEL IN LUXEMBURG

**GESAMTINVESTITION
2 602 769 EUR**

**BEITRAG DER EU
1 041 108 EUR**

Eine Kooperation zwischen einem nationalen Netzwerk für nachhaltige Energie und lokalen Behörden erleichtert es Verbraucherinnen und Verbrauchern in Luxemburg, Ihr Zuhause energieeffizienter zu gestalten, auf erneuerbare Energiequellen umzustellen und grünere Verkehrsmittel zu nutzen. Das trägt zu geringeren Treibhausgasemissionen und Kosteneinsparungen bei.

Das Projekt „Infopoints myenergy goes digital“, das vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert wird, stellt Informationen über Finanzhilfen für energiesparende Renovierungs- oder Baumaßnahmen bei Wohngebäuden zur Verfügung. Es sensibilisiert außerdem für Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu Hause, erneuerbare Energieoptionen und die Kosten und Klimaauswirkungen von unterschiedlichen Transportmitteln.

Das Projekt ist eine Partnerschaft zwischen lokalen Gemeinden und dem Luxemburger Netzwerk für nachhaltigen Energie-wandel, myenergy. Sie umfasst mehrere nationale Schlüsselministerien, außerdem Handels-, Handwerk-, Architektur- und Ingenieurverbände sowie Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Behörden.

Sie alle verfügen über Informationen, die Bürgerinnen und Bürger beim Planen einer Renovierung, eines Hausbaus oder der Anschaffung eines Transportmittels unterstützen können. Um den Zugang zu diesen Daten zu erleichtern, hat das Projekt eine App, verschiedene Online-Inhalte sowie digitale Werkzeuge entwickelt und bietet ergänzend dazu individuelle Unterstützung durch Fachberatung in den Gemeinden an.

Grüne und digitale Unterstützung

Ein Schwerpunkt des Projekts liegt auf den beträchtlichen Beihilfen, die von den nationalen und lokalen Behörden in Luxemburg bereitgestellt werden, um energiesparende Maßnahmen oder erneuerbare Energietechnologien in renovierten Gebäuden oder Neubauten zu ermöglichen. Die mobile App „Myrenovation“ simuliert schnell, wie viel Mittel für die geplanten Maßnahmen verfügbar sind, und unterstützt Interessierte bei der Beantragung der Beihilfen. Darüber hinaus bietet die App zusätzliche Ratschläge zu Vorfinanzierungen, Nachrüstungsmaßnahmen zur nachhaltigeren Energienutzung sowie nachhaltiger Mobilität.

Um die Informationen auch online zugänglich zu machen, hat „Infopoints myenergy goes digital“ zusätzlich die Myenergy-Website und eine Content-Plattform für Gemeinden erstellt. Die Website bietet Informationen darüber, wie zu Hause Energie gespart werden kann, sowie neutrale Daten zu Energiequellen und Transportmitteln, damit die Bürgerinnen und Bürger leichter ihre Emissionen verringern, Energie sparen und ihre Gesamtkosten für Heizung, Strom und Reisewege senken können.

Auf der Website gibt es außerdem Beihilfenrechner und diverse Werkzeuge, die die Verwaltung von Projekten vereinfachen, wie zum Beispiel Formulare zur Vereinbarung eines Energieberatungstermins, verschiedene Berichte, eine Renovierungscheckliste und Datenüberwachungsinstrumente.

Derzeit werden weitere Möglichkeiten geprüft, um die Dienstleistungen von myenergy zudem auf klimafreundliche Optionen auszuweiten. Insgesamt fördert das Projekt den breiteren Wandel hin zu einer CO₂-ärmeren Wirtschaft, indem es die Arbeit der Menschen, die in den Bereichen nachhaltiges Bauen, nachhaltige Energie und nachhaltiger Transport tätig sind, unterstützt und zugleich die Energiekompetenz der kommunalen Bediensteten erhöht. ■

MEHR DAZU

<https://www.myenergy.lu/>

PROJEKTE

MUSEUM IN MALTA NACHHALTIG NEU GESTALTET

GESAMTINVESTITION
9 147 872 EUR

BEITRAG DER EU
7 318 298 EUR

Ein historisches Gebäude in der maltesischen Hauptstadt Valletta wurde dank der Unterstützung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in ein Nullenergiehaus umgerüstet, das nun die nationale Kunstsammlung des Landes beherbergt. Renovierungen sorgen für Energie- und Wassereinsparungen und schenken einem einzigartigen Kulturgut ein neues wertvolles Leben im 21. Jahrhundert.

Eine sanfte Anpassung der Auberge d'Italie aus dem 16. Jahrhundert hat die Raumnutzung des denkmalgeschützten Gebäudes verbessert, damit es dem maltesischen Nationalmuseum für bildende Künste, Mużew Nazzjonali tal-Arti (MUŻA) eine neue Heimat bieten kann.

Moderne Erweiterungen sorgen außerdem für energieeffizienten Komfort beim Museumsbesuch. Durch Doppelverglasung konnten die Originalfenster erhalten und zugleich besser isoliert werden. Das Dach wurde mit einer Dämmschicht ausgestattet, um besser vor Wärmeverlust zu schützen. Außerdem wurden auf dem Dach Photovoltaikmodule angebracht, die saubere, erneuerbare Energie für den Betrieb und die Beleuchtung des Gebäudes liefern.

Intelligente Systeme im Innenbereich gewährleisten weitere Energieeinsparungen. Ein Gebäudemanagementsystem überwacht die Gebäudebeheizung und -klimatisierung und passt sie an die Anzahl der Personen an, die von den im ganzen Gebäude installierten Sensoren erfasst werden. Das natürliche Tageslicht wird durch LED-Lampen ergänzt. Sie werden von einem Zentralcomputer gesteuert, der die Raumbeleuchtung nach der von speziellen Sensoren erkannten Aktivität regelt.

Ressourcenschonung

Die Technologie wurde darauf ausgerichtet, die ursprünglichen Merkmale des historischen Standorts möglichst harmonisch zu berücksichtigen, um die Umweltauswirkungen des Museums zu verringern.

Durch die dicken Kalksteinwände bleibt das Museum im Sommer kühl und im Winter warm, sodass weniger künstliche Heizung bzw. Kühlung benötigt wird. Ein großer Innenhof bietet nicht nur eine zusätzlich nutzbare Fläche, sondern lässt außerdem auch mehr natürliches Licht und frische Luft in die umliegenden Galerieräume strömen. Regenwasser wird in den Originalzisternen des Gebäudes aufgefangen und zu den Museumstoiletten geleitet, um die wertvollen Wasserressourcen des Inselstaates zu schonen. Darüber hinaus bedeutet die Umnutzung eines historischen Gebäudes auch eine erhebliche Einsparung an Material, das sonst zur Errichtung eines Neubaus nötig wäre.

Fachleute aus verschiedenen Bereichen wie Kunstgeschichte und Ingenieurwesen arbeiteten bei der Renovierung zusammen, um ein modernes, emissionsarmes Museum zu schaffen, das die lokale Kultur respektiert und auf nationaler und internationaler Ebene teilt.

Das Gebäude gilt in Fachkreisen der Kunstkritik und Architektur als Vorbild für gelungene Umbaumaßnahmen und hat unter Kunstliebhabenden große Beliebtheit erlangt. Im Jahr nach der offiziellen Eröffnung des renovierten Baus im Dezember 2018 besuchten über 5 000 Menschen das MUŻA. ■

MEHR DAZU

<https://heritagemalta.org>

TERMINE

28.-29. JANUAR

Belgrad (RS)

5. EUSAIR-Forum

1.-5. MÄRZ

Online

Woche der makroregionalen Strategien

17.-18. JUNI

Porto (PT)

9. Bewertungskonferenz der EU-Kohäsionspolitik

11-14. OKTOBER

Brüssel (BE)

Europäische Woche der Regionen und Städte

10.-11. DEZEMBER

Marseille (FR)

EUSALP-Jahresforum

RECHTLICHER HINWEIS

Weder die Europäische Kommission noch eine im Namen der Europäischen Kommission handelnde Person übernehmen Haftung für die Verwendung der nachfolgenden Informationen.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020

PDF: ISSN 1725-8294 KN-LR-20-004-DE-N

© Europäische Union, 2020

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

Die Weiterverwendungspolitik der Dokumente der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU (ABL L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für jede Verwendung oder Reproduktion von Elementen, die nicht Eigentum der Europäischen Union sind, muss unter Umständen direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

Dieses Magazin ist in 22 Sprachen abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/de/information/publications/panorama-magazine/

Diese Ausgabe wurde im Dezember 2020 abgeschlossen.

FOTOS (SEITEN):

Titelbild: © Europäische Union

Seite 3: © Europäische Union

Seite 4: © Deutsche Ratspräsidentschaft

Seite 5, 6: © Europäische Union

Seite 8: © Europäische Union

Seite 18: © Interreg IPA CBC Bulgarien-Serbien

Seite 19, 20: © Inter Ventures

Seite 21: Oben © Gemeinde Woensdrecht;

Unten © Wirtschaftsrat The Economic Board
Arnhem-Nijmegen

Seite 22: © Krankenhaus von Cerdanya

Seite 25: 01 © iStock/fbxx; 02 © iStock/MasterLu;

03 © iStock/Sami Auvinene; 04 © iStock/LeoPatrizi;

05 © iStock/wsfurlan; 06 © iStock/Rodrigo Blanco;

07 © iStock/diegograndi; 08 © iStock/Lisa Marie

Seite 26: © iStock/BrasilNut1

Seite 29, 30, 31: © Europäische Union

Seite 32: © Marta Silvia Viganò

Seite 33: © Europäische Union

Seite 38: Oben © iStock/krugli; Unten © iStock/Giorgos Kristotakis.

Seite 41: © iStock/metamorworks

Seite 42: © iStock/SDI productions

Seite 43: © iStock/sl-f

Seite 44: © iStock/Marvod

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG



ec.europa.eu/regional_policy
cohesiondata.ec.europa.eu



@EUinmyRegion



EUinmyRegion



[flickr.com/euregional](https://www.flickr.com/euregional)



EUinmyRegion



[euinmyregion](https://www.instagram.com/euinmyregion)



ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/ferreira_de
[@ElisaFerreiraEC](https://twitter.com/ElisaFerreiraEC)



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Agnès Monfret
Avenue de Beaulieu/Beaulieulaan 1 – B-1160 Bruxelles/Brussel
E-Mail: regio-panorama@ec.europa.eu